



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 41 Januar 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.



Quelle: <https://de.sott.net/>, 19. Dezember 2022

Über einen GLOBALEN GEBURTENSTOPP

Wir brauchen einen mehrjährigen totalen Geburtentopp für alle weltweit, und dabei müssen alle Menschen auf der Erde gleichbehandelt werden. Dies ist der erste Schritt, um der Erde und der Natur zu ermöglichen, sich zu erholen. Danach müssen feste Geburtenregelungen eingeführt und aufrechterhalten werden, um die Weltbevölkerung auf einem konstanten Niveau zu halten, das die Erde ertragen kann. Die absolute Gleichbehandlung aller Menschen auf der Erde ist einer der wichtigsten Punkte dabei. Das Allerwichtigste ist die Aufklärung aller Menschen weltweit durch die Regierungen und Medien, dass die Erde überbevölkert ist und alle Menschen auf Kinder verzichten sollen.

(Petition hierfür: <https://chng.it/bpGdkPPHPx>)

About a GLOBAL BIRTH STOP

We need a multi-year total birth stop for everyone worldwide, and all people on earth must be treated equally. This is the first step in allowing the earth and nature to recover. Thereafter, firm birth regulations must be established and maintained to keep the world's population at a constant level that the earth can sustain. The absolute equal treatment of all people on earth is one of the most important points. The most important thing is for governments and the media to educate everyone around the world that the earth is overpopulated and that everyone should avoid having children.

(Petition for this: <https://chng.it/XpDLTPymNG>)

Über einen GLOBALEN GEBURTENSTOPP

Wir brauchen einen mehrjährigen totalen Geburtentopp für alle weltweit, und dabei müssen alle Menschen auf der Erde gleichbehandelt werden. Dies ist der erste Schritt, um der Erde und der Natur zu ermöglichen, sich zu erholen. Danach müssen feste Geburtenregelungen eingeführt und aufrechterhalten werden, um die Weltbevölkerung auf einem konstanten Niveau zu halten, das die Erde ertragen kann. Die absolute Gleichbehandlung aller Menschen auf der Erde ist einer der wichtigsten Punkte dabei. Das allerwichtigste ist die Aufklärung aller Menschen weltweit durch die Regierungen und Medien, dass die Erde überbevölkert ist und alle Menschen auf Kinder verzichten sollen.

(Petition hierfür: <https://chng.it/bpGdkPPHPx>)

About a GLOBAL BIRTH STOP

We need a multi-year total birth stop for everyone worldwide, and all people on earth must be treated equally. This is the first step in allowing the earth and nature to recover. Thereafter, firm birth regulations must be established and maintained to keep the world's population at a constant level that the earth can sustain. The absolute equal treatment of all people on earth is one of the most important points. The most important thing is for governments and the media to educate everyone around the world that the earth is overpopulated and that everyone should avoid having children.

(Petition for this: <https://chng.it/XpDLTPymNG>)

Achim Wolf, Deutschland

Keiner gewinnt einen Krieg. Verlierer ist immer die Menschheit als Ganzes und Verlierer sind die Menschlichkeit, der Frieden, die Vernunft, das wahrliche Wissen, die Weisheit und die Liebe.

Nobody wins a war. The loser is always humanity as a whole and losers are humanity, peace, rationality, true knowledge, wisdom and love.

Achim Wolf, 28. Dezember 2022

Paul Craig Roberts: Die Aussicht auf einen Atomkrieg ist zum Greifen nah

uncut-news.ch, Dezember 13, 2022



Der Aussenminister des Biden-Regimes hat die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine blockiert, indem er erklärte, es sei die Politik der USA, Russland aus den wieder eingegliederten Gebieten, einschliesslich der Krim, zu vertreiben.

Bidens Ankündigung, dass die USA Atomwaffen gegen nichtnukleare Bedrohungen einsetzen werden, und das Wissen, dass US-Atomwaffen in der Nähe Russlands stationiert sind, zwingen Putin dazu, sein Versprechen, keine Atomwaffen zuerst einzusetzen, aufzugeben.

Mit anderen Worten: Anders als im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts steht ein Atomkrieg heute auf der Kippe. Wer behauptet, ein Atomkrieg sei unmöglich, weil es keine Gewinner gibt, hat sich getäuscht. Kriege sind das Produkt von Menschen, und Menschen sind emotional und dumm. Sie machen Fehler am laufenden Band. Fehler sind die menschliche Art.

Während des Kalten Krieges versicherten die US-Präsidenten dem Kreml, dass die USA nicht die Absicht hätten, einen Krieg zu beginnen. Heute gibt es diese Zusicherung nicht mehr.

Ein russischer Beamter hat behauptet, dass die CIA und die NSA an dem Drohnenangriff tief in Russland beteiligt waren. Hier zeigt sich also die volle Gültigkeit meiner Warnungen, dass Putins Gutmenschentum zu immer rücksichtsloseren Provokationen einlädt. Es ist die Unfähigkeit Putins zu begreifen, dass sich Russland im Krieg mit der Ukraine und den USA/NATO befindet und dass seine «begrenzte Militäroperation» nichts anderes als seine eigene Wahnvorstellung ist, die zu einem Atomkrieg führt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Russland bereits zweimal angegriffen, wobei die Angriffe auf die ehemaligen russischen Gebiete, die Russland wieder eingegliedert hat, wie z.B. <https://www.rt.com/russia/568031-melitopol-hotel-ukraine-himars/>, nicht mitgezählt wurden. Der Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines und nun auch die Drohnenangriffe tief im Inneren Russlands übersteigen die Möglichkeiten der Ukraine, ohne Unterstützung auszukommen. Washington fühlt sich bei diesen rücksichtslosen Handlungen wohl, weil es die von Putin erklärten, aber nie verteidigten «roten Linien» als bedeutungslos abgetan hat.

<https://www.rt.com/russia/567993-us-ukraine-attacks-deep-russia/>

Man fragt sich, was mit Putin und dem Kreml im Allgemeinen los ist, dass Russland immer nur jammert, aber nie handelt. Dem Kreml sollte klar sein, dass es für den Westen umso schwieriger wird, sich zurückzuhalten, je länger der Konflikt und die antirussische Propaganda andauern. Prestige und Prognosen stehen auf dem Spiel, ein Netz von Beziehungen entsteht. Mächtige Interessengruppen wie Rüstungskonzerne erwerben Anteile an dem Konflikt. Angesichts der drohenden Niederlage der Ukraine wird die Forderung nach dem Einsatz amerikanischer und europäischer Soldaten laut werden. Zunächst wird behauptet, dass nur eine Division benötigt wird, um die Ukraine an diesem oder jenem Punkt zu unterstützen. Um diese Division zu retten, wird dann eine weitere benötigt. Wir haben das alles in Vietnam gesehen.

Wird Putin endlich begreifen, dass sich Russland im Krieg befindet, wenn Moskau in Flammen aufgeht?

Das wäre ein bisschen zu spät. Putin gibt inzwischen zu, dass er mit seiner Intervention in der Ukraine zu spät dran war, so dass Washington Zeit hatte, eine ukrainische Streitmacht aufzubauen. Warum also wieder zu lange warten? Kann Putin aus seinen Fehlern lernen? Meine Befürchtung ist, dass Putin unrealistisch ist und die wahrscheinlichen Folgen seines «Goody Two Shoes»-Verhaltens nicht begreift. Putins zurückhalten-des Verhalten gibt grünes Licht für grössere Provokationen aus Washington. Diese Provokationen nehmen

immer mehr zu. Russland muss die notwendige Gewalt anwenden, um den Krieg schnell zu beenden, bevor er ausser Kontrolle gerät.

Vor einigen Jahren schrieb ich, dass Russland benachteiligt sei, weil Putin und die russischen Liberalen die Menschlichkeit des Westens überschätzten. Jetzt sagt Putin, dass «wir vielleicht zu spät erkannt haben», dass Russland getäuscht wurde. Dennoch ist er immer noch bereit, zu verhandeln und sich erneut täuschen zu lassen. Die russischen Liberalen, die sich von der sowjetischen Regierung entfremdet hatten, waren leichte Opfer der amerikanischen Propaganda, die die USA als Licht für die Welt darstellt. Dies hat die Fähigkeit der Russen, den Westen zu verstehen, entwaftet. <https://www.rt.com/russia/567979-putin-biskhek-press-takeaways/>

Der Kreml beklagt sich endlos, handelt aber nie. Russland beschwert sich beim UN-Sicherheitsrat darüber, dass vom Westen gelieferte Waffen für Angriffe auf russische Schulen und Häuser verwendet werden. Warum glaubt Russland, der Sicherheitsrat kümmere sich darum oder werde etwas dagegen unternehmen? Die eigentliche Frage ist, warum Putin der Ukraine den Spielraum lässt, die vom Ausland gelieferten Waffen einzusetzen, indem er Russlands Schläge zurückhält. Die Russen sind zu diplomatisch, um «vom Westen geliefert» zu sagen. Russland sagt, dass es in Zukunft rechtliche Konsequenzen für die Kriegsverbrechen geben wird. Warum nicht gleich militärische Konsequenzen? Solange Putin mit dem Krieg nicht ernst macht, werden die Provokationen weiter eskalieren. <https://www.rt.com/russia/567994-ukraine-warning-western-arms/>

Ein weiterer Fehler, den Putin macht, ist, dass er nicht über ein grosses professionelles stehendes Heer verfügt. Man beachte, wie lange es dauerte, bis Russland 300'000 Soldaten zur Verstärkung der «begrenzten» Operation in der Ukraine mobilisieren konnte. Das hätte dem Kreml eine Lehre sein müssen, aber nein, Putin verkündet, dass keine weitere Mobilisierung nötig sei. Wenn die Lage in der Ukraine ausser Kontrolle gerät, hat Putin also nichts als Atomwaffen zur Verfügung. Vielleicht fürchtet Putin den innenpolitischen Widerstand der amerikanisierten russischen Jugend, die der Kreml jahrelang ungehindert von amerikanisch finanzierten Nichtregierungsorganisationen indoktrinieren liess, oder vielleicht will der Kreml «Geld sparen». Wie bringt Putin seine Behauptungen, der Westen strebe die Zerstörung Russlands an, mit dem Fehlen einer grossen russischen Berufsarmee in Einklang? Damit bleibt ihm nur noch die nukleare Option.

Kommentatoren spotteten über meine Warnungen, dass die westliche Intervention in der Ukraine einen Atomkrieg vorbereite. Jetzt sagt Jens Stoltenberg, der NATO-Generalsekretär: «Ich befürchte, dass der Krieg in der Ukraine ausser Kontrolle gerät und zu einem grossen Krieg zwischen der NATO und Russland wird. Wenn die Dinge schief gehen, können sie furchtbar schief gehen.» Erstaunlich, wie lange er gebraucht hat, um das zu erkennen. Wie kann ein Krieg vermieden werden, wenn Dummköpfe wie Stoltenberg und die amerikanischen Neokonservativen das Sagen haben?

Um auf meine 8 Jahre alte Frage zurückzukommen: Warum weigert sich Putin, zu handeln und den Konflikt schnell zu beenden, bevor er ausser Kontrolle gerät? Die «begrenzte Operation» hat nichts begrenzt. Sie hat den Krieg zu Angriffen auf Russland selbst ausgeweitet. Aussenminister Lawrow hat zugegeben, dass Washington und die NATO «direkt in einen Krieg gegen Russland verwickelt» sind. Wie kann der Kreml ein solches Eingeständnis machen und nichts dagegen tun? Wie provokativ wird der nächste Angriff sein? Warum sollte man den Krieg nicht gewinnen, bevor die nächste Provokation erfolgt? Ja, mir wäre es lieber, Russland würde den Krieg gewinnen, als dass der Konflikt zu einem Atomkrieg eskaliert. Bis vor kurzem war die Ukraine jahrhundertlang ein Teil Russlands. Im 20. Jahrhundert haben die sowjetischen Führer Teile Russlands an ihre ukrainische Provinz angeschlossen. Diese Russen litten 2014 unter dem von Washington errichteten Neonazi-Regime, bildeten unabhängige Republiken und baten um ihre Rückkehr nach Russland. Diese legitime Forderung ist kein Grund für einen Atomkrieg.

Washington und Europa müssen bedenken, dass Putin früher oder später handeln muss, wenn die USA/NATO ihn weiter in die Enge treiben. Je härter und weiter Putin gedrängt wird, desto begrenzter sind seine Möglichkeiten. Wie Stoltenberg nun erkannt hat, kann die Situation ausser Kontrolle geraten. Sind die amerikanischen Neokonservativen zu dieser Einsicht fähig? Ist Putin klar, dass die Situation wegen seiner Untätigkeit ausser Kontrolle gerät?

Ich war am Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts beteiligt. Ich habe Präsident Reagan geholfen, ihn zu beenden. Die Situation war nie so gefährlich wie die derzeitige Situation. Damals gab es noch intelligente Menschen in Washington. Heute gibt es keine mehr. Damals zweifelte niemand daran, dass die Sowjets handeln würden. Heute wird Russland als jemand angesehen, der nur redet und nicht handelt. Folglich geht es jetzt ans Eingemachte.

QUELLE: THE PROSPECT OF NUCLEAR WAR IS GETTING TOO CLOSE FOR COMFORT

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/paul-craig-roberts-die-aussicht-auf-einen-atomkrieg-ist-zum-greifen-nah/>

Professor stellt Europaparlament auf den Kopf: «Zwei Minuten bittere Wahrheit!»

uncut-news.ch, Dezember 19, 2022



Ryszard Legutko CC-BY-4.0: © European Union 2022 – Source: EP

«Zwei Minuten der Wahrheit, der bitteren Wahrheit», begann Professor Ryszard Legutko seine Rede im Europäischen Parlament. «Die bittere Wahrheit ist, dass das Europäische Parlament in Europa viel Schaden angerichtet hat.»

«Es behauptet, das europäische Volk zu vertreten. Es gibt kein europäisches Volk und es wird auch keins geben», sagte der Abgeordnete.

Das Parlament hat Europa mit unverhohlener Parteilichkeit infiziert. Die Infektion hat sich inzwischen auf andere Institutionen wie die Europäische Kommission ausgeweitet. Das Parlament vertrete nicht das Volk, sondern sei zu einer Maschine zur Umsetzung des sogenannten europäischen Projekts geworden, so Legutko.

Das Parlament ist zu einem politischen Vehikel der Linken geworden, um ihre Monopolstellung durchzusetzen. Egal, wie oft man das Wort «Vielfalt» wiederholt, die Vielfalt ist in der Europäischen Union und insbesondere in diesem Parlament eine aussterbende Art.

Das Parlament ist ein Quasi-Parlament, weil es ein wesentliches Prinzip des Parlamentarismus, nämlich die Rechenschaftspflicht, ablehnt, sagte er.

Dies sei keine Demokratie, betonte Legutko. Er fasst zusammen: Das Parlament arbeitet für das Projekt, das die Realität und das Recht ignoriert, sich vor der Verantwortung drückt, Millionen von Menschen den Rücken zukehrt und den Interessen einer politischen Richtung dient. «Und das ist nur die Spitze des Eisbergs», sagte er.

Quelle: <https://uncutnews.ch/professor-stellt-europaparlament-auf-den-kopf-zwei-minuten-bittere-wahrheit/>

CORONA-IMPfung UND GRIPPE

Wissenschaftler auf der Spur der Nebenwirkung

Autor: Uli Gellermann, Datum: 16.12.2022

Dass die Zahl der Grippe-Fälle rasant steigt, kann man in den Medien lesen. Natürlich auch vom Professor Lauterbach, der einfach noch ein paar Impfungen empfiehlt. Der Arzt und Infektionsepidemiologe Eric Markhoff, also anders als Lauterbach ein echter Wissenschaftler, verfolgt eine brisante Spur zur Ursache der Erkältungswelle.

Markhoffs Hypothese zur Entstehung der derzeit besonders heftig grassierenden Erkältungswelle:

«Die Corona-Impfungen» induzieren die Bildung des sogenannten Spike-Proteins, also des Proteins, welches dem SARS-CoV-2 Virus das Andocken an menschliche Wirtszellen über deren ACE2 Rezeptor ermöglicht. Die durch die Impfungen in rauen Mengen gebildeten Spike Proteine docken also an die ACE2 Rezeptoren und führen zu deren Zerstörung. Die Spike Proteinbindung an ACE2 führt auch zu einem Abbau der für ACE2-kodierenden mRNA und somit zu einer Reduktion der ACE2 Produktion (Gao et al. 2022). Das Spike Protein blockiert die gemeinhin als günstig für Zelle- und Gewebe angesehene ACE2-Kaskade (Rodriguez-Puertas 2020). ACE2 Rezeptoren finden sich im ganzen Körper und sind für das Zellgleichgewicht wichtig, werden als gefässschützend angesehen und die ACE2-anhängige Signalkaskade wurde sogar schon als «Achse des Guten im Gehirn» bezeichnet (Xu, Sriramula, and Lazartigues 2011).

In einer Arbeit von 2016 wurde gezeigt, dass ACE2 die durch das RS-Virus (RSV-Respiratory Syncytial Virus) hervorgerufene Lungenschädigung abmildert. Oder kurz: ACE2 schützt vor schweren RSV-Verläufen. (Gu et al. 2016). Auch wurde schon gezeigt, dass ACE2 vor schweren Lungenschäden durch SARS (das SARS-Virus von 2002/03) und H5N1 (Vogelgrippe) schützt (Kuba et al. 2005; Imai et al. 2005; Zou et al. 2014). Kurzum: die Corona-Impfkampagne hat die ACE2 Rezeptoren in den Menschen dezimiert und deren schützende Wirkung vor Erkältungsvirusschäden wie RSV sabotiert.»

Eric Markhoff (49) ist Arzt und Infektionsepidemiologe mit 20 Jahren Berufserfahrung in der Infektionsepidemiologie und weiterbildenden Studienabschlüssen in Epidemiologie und in Medizinischer Statistik. Zwi-schendurch war er arbeitslos, da er feststellen musste, dass fachlich fundierte Kritik an «niemals in Frage zu stellenden» Covid-19 Massnahmen in der Neuen Normalität unerwünscht ist. Die gewonnene Zeit hat er genutzt um Michael Ende's «Momo» zu lesen und «Evolution, Eugenik und Transhumanismus» zu schreiben. (<https://evolution-eugenik-transhumanismus.de>)

Referenzen

- Gao, X., S. Zhang, J. Gou, Y. Wen, L. Fan, J. Zhou, G. Zhou, G. Xu, and Z. Zhang. 2022. 'Spike-mediated ACE2 down-regulation was involved in the pathogenesis of SARS-CoV-2 infection', *J Infect*, 85: 418-27.
- Gu, H., Z. Xie, T. Li, S. Zhang, C. Lai, P. Zhu, K. Wang, L. Han, Y. Duan, Z. Zhao, X. Yang, L. Xing, P. Zhang, Z. Wang, R. Li, J. J. Yu, X. Wang, and P. Yang. 2016. 'Angiotensin-converting enzyme 2 inhibits lung injury induced by respiratory syncytial virus', *Sci Rep*, 6: 19840.
- Imai, Y., K. Kuba, S. Rao, Y. Huan, F. Guo, B. Guan, P. Yang, R. Sarao, T. Wada, H. Leong-Poi, M. A. Crackower, A. Fukamizu, C. C. Hui, L. Hein, S. Uhlig, A. S. Slutsky, C. Jiang, and J. M. Penninger. 2005. 'Angiotensin-converting enzyme 2 protects from severe acute lung failure', *Nature*, 436: 112-6.
- Kuba, K., Y. Imai, S. Rao, H. Gao, F. Guo, B. Guan, Y. Huan, P. Yang, Y. Zhang, W. Deng, L. Bao, B. Zhang, G. Liu, Z. Wang, M. Chappell, Y. Liu, D. Zheng, A. Leibbrandt, T. Wada, A. S. Slutsky, D. Liu, C. Qin, C. Jiang, and J. M. Penninger. 2005. 'A crucial role of angiotensin converting enzyme 2 (ACE2) in SARS coronavirus-induced lung injury', *Nat Med*, 11: 875-9.
- Rodriguez-Puertas, R. 2020. 'ACE2 activators for the treatment of COVID 19 patients', *J Med Virol*, 92: 1701-02.
- Xu, P., S. Sriramula, and E. Lazartigues. 2011. 'ACE2/ANG-(1-7)/Mas pathway in the brain: the axis of good', *Am J Physiol Regul Integr Comp Physiol*, 300: R804-17.
- Zou, Z., Y. Yan, Y. Shu, R. Gao, Y. Sun, X. Li, X. Ju, Z. Liang, Q. Liu, Y. Zhao, F. Guo, T. Bai, Z. Han, J. Zhu, H. Zhou, F. Huang, C. Li, H. Lu, N. Li, D. Li, N. Jin, J. M. Penninger, and C. Jiang. 2014. 'Angiotensin-converting enzyme 2 protects from lethal avian influenza A H5N1 infections', *Nat Commun*, 5: 3594.
- Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/corona-impfung-und-grippe>

Die USA sind der Hauptverursacher des Terrorismus in der Welt

uncut-news.ch, Dezember 21, 2022

Die Europäische Union, die in letzter Zeit dank ihres nordamerikanischen «Verbündeten» ziemlich verarmt ist, plant nun aktiv, eingefrorene russische Vermögenswerte zu verwenden, um den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft zu finanzieren, die durch den von den USA und der NATO aufgezwungenen Krieg zerrüttet ist. Die Pläne der EU scheinen den Versuch zu beinhalten, die internationalen Reserven der russischen Zentralbank zu stehlen und sie in der Ukraine zu «reinvestieren».

Das aufgrund der EU-Sanktionen eingefrorene Vermögen Moskaus lässt sich in zwei Hauptteile aufteilen: Privatvermögen im Wert von fast 19 Milliarden Euro und staatliches Vermögen im Besitz staatlicher Einrichtungen im Wert von rund 300 Milliarden Euro an internationalen Reserven, die von der russischen Zentralbank gehalten werden.

«Russland muss auch finanziell für die Verwüstungen, die es verursacht hat, bezahlen», sagte EU-Kommissarin Ursula von der Leyen und schwankte vor Bestürzung. Moskau solle «die Ukraine für den Schaden entschädigen und die Kosten für den Wiederaufbau des Landes übernehmen», fügte sie hinzu und versuchte, die an sie in Washington gerichteten Worte zu überdenken. Die Bestürzung von der Leyens ist verständlich – früher oder später wird sie für diese Gesetzlosigkeit geradestehen müssen, auch mit ihrem eigenen Vermögen.

Inmitten der steigenden Inflation in Europa wird das Einfrieren und der Verkauf russischer Vermögenswerte von den 27 Mitgliedstaaten nicht nur als Möglichkeit gesehen, Geld für die Ukraine zu beschaffen, sondern auch als Gelegenheit, sich mit russischen Vermögenswerten einzudecken. Schliesslich ist es nur natürlich, dass Ursula von der Leyen davon träumt, einen Ausschuss zu leiten, der russische Gelder konfisziert und verteilt. Und angesichts des hohen Korruptionsniveaus in der EU lässt sich nicht sagen, wie viel Geld in die Ukraine fliessen wird, aber man kann davon ausgehen, dass das meiste davon in Europa bleiben oder über den Atlantik fliessen wird. Daran besteht kein Zweifel, denn der Westen ist notorisch dafür bekannt, andere Länder auszurauben und sich auf Kosten dieser ausgeraubten Nationen ein schönes Leben zu machen. Und nicht, dass es eine so gute Gelegenheit gäbe, warum sollte man sie nicht nutzen?

Allerdings sind die EU-Sanktionen immer nur vorübergehend, so dass die Vermögenswerte schliesslich an ihre ursprünglichen Eigentümer, d.h. Russland, zurückgegeben werden müssen, zuzüglich der Zinsen für ihre Verwendung.

Die Frage ist, ob Moskau die Rechnung für den Wiederaufbau der Ukraine bezahlen soll. Die meisten Schäden an der Infrastruktur sind in der östlichen Region des Landes, dem Donbass, zu verzeichnen, der mehrheitlich russischstämmig ist und nun zu Grossrussland gehört. Die Frage der Schäden muss zunächst auf internationaler Ebene in Anwesenheit unbeteiligter Parteien erörtert und geprüft werden. Schliesslich hätte die NATO diesen Krieg verhindern können, wenn sie in den Jahren vor dem Krieg ihre militärische Ausrüstung und ihre Truppen nicht nach Osten an die Grenzen Russlands verlegt hätte. Durch die Provokation von Feindseligkeiten ist die NATO also der Anstifter des Krieges, und sie muss der Ukraine den Schaden ersetzen. Die USA hätten die Krise in der Ukraine und das Leid der ukrainischen Bevölkerung vermeiden können, wenn sie sich für Verhandlungen entschieden hätten, anstatt die Sicherheitsgarantien des Kremls abzulehnen, die Washington bereits Monate vor Ausbruch des Konflikts zugesagt worden waren. Deshalb sollten die USA auch für die Schäden in der Ukraine aufkommen. Doch das ist unwahrscheinlich, denn der Westen ist es gewohnt, nicht zu zahlen, sondern andere Länder und Völker nur auszurauben. Und deshalb ist von der Leyens «Initiative» jetzt aufgetaucht.

Vernünftige Menschen auf der ganzen Welt stellen zu Recht die Doppelmoral der EU in Frage und fragen: Warum wurden solche Anstrengungen nicht bei von den USA geführten Kriegen, indirekten Kriegen, Invasionen und Teppichbombenangriffen unternommen, die in den letzten Jahrzehnten zur völligen Zerstörung unzähliger Länder geführt haben?

Die Invasion und 20-jährige Besetzung Afghanistans durch die USA hat zu einem beispiellosen Anstieg des Terrorismus geführt (ironischerweise ist Washington unter dem Deckmantel des sogenannten «Kriegs gegen den Terror» in das Land eingefallen). In den zwei Jahrzehnten der Besetzung haben die Afghanen nichts als Zerstörung, Terror, Gewalt, Massaker und andere Gräueltaten erlebt. Der zunehmende Terrorismus und die regelmässigen Angriffe des Pentagons, die Zerstörung der Infrastruktur des Landes und die Schädigung des afghanischen öffentlichen Sektors führten nach dem schändlichen Abzug der USA aus Afghanistan im Jahr 2021 zu einer humanitären Katastrophe.

Mitte Februar betonte der Direktor von «Save the Children» in Afghanistan:

«So etwas wie die verzweifelte Situation, die wir hier in Afghanistan haben, habe ich noch nie gesehen. Wir behandeln jeden Tag erschreckend kranke Kinder, die seit Monaten nichts ausser Brot gegessen haben. Die Eltern müssen unmögliche Entscheidungen treffen – welches ihrer Kinder sollen sie ernähren? Schicken sie ihre Kinder zur Arbeit oder lassen sie verhungern? Das sind unerträgliche Entscheidungen, die kein Elternteil treffen sollte.»

Der längste Krieg hat mindestens 66'000 afghanische Soldaten und Polizisten sowie Zehn- bis Hunderttausende afghanische Zivilisten das Leben gekostet, wobei verschiedene Beobachtergruppen unterschiedliche Todeszahlen melden.

In einer perfekten, gerechten Welt hätten die US-Gelder eingefroren und zur Finanzierung des Wiederaufbaus von Afghanistan verwendet werden müssen. Die US-Gelder hätten auch eingefroren und zur Entschädigung der Familien der Afghanen verwendet werden müssen, die infolge der US-Invasion ums Leben gekommen sind. Doch genau das Gegenteil ist geschehen. Nach dem beschämenden und chaotischen Abzug der US-Truppen beschlagnahmte Washington afghanische Vermögenswerte und verursachte damit weiteres humanitäres Leid für die Afghanen, von denen die meisten nun durch die Schuld der USA in Armut leben.

In ähnlicher Weise haben die US-Invasion und die anschliessende Besetzung des Irak auch der Infrastruktur dieses Landes im Nahen Osten erheblichen Schaden zugefügt. Die Schäden müssen noch bewertet werden, und die Vereinigten Staaten müssen noch Wiedergutmachung leisten für das, was sie dem irakischen Volk durch die Zerstörung seiner gesamten staatlichen Infrastruktur und Wirtschaft angetan haben.

Schon vor der US-Invasion hatten die von den USA unterstützten UN-Sanktionen gegen Bagdad mindestens eine halbe Million irakischer Kinder und einigen Studien zufolge insgesamt etwa 1'500'000 Iraker getötet. Während des Krieges selbst starben zwischen 2003 und 2011 weitere Hunderttausende Iraker, wiederum aufgrund des beispiellosen Anstiegs des Terrorismus als Folge des US-amerikanischen «Kriegs gegen den Terror».

Der Schaden an der irakischen Infrastruktur, der durch die US-Intervention im Land (in Form von Sanktionen, Luftangriffen und Kriegen) von 1991 bis zur Besetzung, die bis heute andauert, verursacht wurde, wird auf viele Billionen Dollar geschätzt. Wie viele irakische Zivilisten wurden von Terrorgruppen getötet, die es vor der Invasion Washingtons im Jahr 2003 und der Bombardierung von Städten wie Mosul nicht gab? Die Infrastruktur des Irak mit seinem enormen Ölreichtum hat so sehr gelitten, dass das Land bei der Stromerzeugung weiterhin von iranischen Energieexporten abhängig ist.

Dies wirft eine berechtigte Frage auf: Warum werden die US-Gelder nicht eingefroren und zur Finanzierung des irakischen Wiederaufbaus verwendet? Warum werden US-Gelder nicht eingefroren und zur Entschädigung der Familien von Zivilisten verwendet, die bei der US-Invasion getötet wurden? Und warum schweigt von der Leyen mit ihren ausschliesslich russophoben Initiativen dazu?

In den letzten Jahren gab es viele Berichte über die Tötung von Zivilisten durch die NATO, als sie in Libyen Krieg führte, um angeblich dabei zu helfen, den langjährigen Machthaber Muammar Gaddafi zu stürzen,

der das einst ärmste Land zu Wohlstand und Reichtum geführt hatte. Die von den USA geführte Bombardierungskampagne hatte verheerende Folgen, aber bisher hat die NATO noch keine Verantwortung für diese Schäden übernommen. Das gleiche Thema taucht immer wieder auf: Bevor die NATO Libyen bombardierte, gab es dort keinen Terrorismus. Seitdem ist das Land von terroristischen Gruppen ins Chaos gestürzt worden.

Interessanterweise sind überall dort, wo die USA und ihre NATO-Verbündeten hingehen, auch terroristische Gruppen aktiv. Dieser Zusammenhang lässt sich an vielen Beispielen deutlich erkennen. Und dann ist da noch das objektive Gefühl, dass es höchstwahrscheinlich die Vereinigten Staaten sind, die durch ihre Politik den Terrorismus schaffen, wie damals, als die Siedler der «Neuen Welt» die indianische Bevölkerung vernichteten. Es zeigt sich, dass die US-Herrscher der Welt nichts anderes zu bieten haben als Terror, Bandengewalt, Raub und Plünderung.

Heute hält das US-Militär Regionen im Osten und Nordosten Syriens besetzt, plündert syrisches Öl und hindert Damaskus daran, seine eigene Infrastruktur und Wirtschaft nach einem Jahrzehnt des von den USA unterstützten Krieges im Land wieder aufzubauen.

Der Jemen, das ärmste Land Westasiens, ist seit acht Jahren einem von den Saudis geführten und vom Pentagon unterstützten Bombenkrieg ausgesetzt, der die gesamte Infrastruktur und Wirtschaft des Landes zerstört hat. Hunderttausende von Jemeniten wurden durch von den USA hergestellte Bomben getötet, die von Kampfflugzeugen abgeworfen wurden, deren Piloten von den amerikanischen und britischen Luftstreitkräften ausgebildet wurden. Menschenrechtsorganisationen beschuldigen die USA und ihre Verbündeten, darunter Kanada und europäische Länder, sich direkt an dem Krieg beteiligt zu haben. Jemenitische Beamte sagen, dass es Washington war, das den Krieg im Jemen im März 2015 begonnen hat. Der enorme Schaden, der im Jemen angerichtet wurde, ist zu schwer abzuschätzen, und die US-Vermögenswerte sollten eingefroren und zur Finanzierung des Wiederaufbaus des Jemen verwendet werden. Es ist ein Land, das von den Vereinten Nationen als das Land mit der schlimmsten humanitären Krise der Welt bezeichnet wurde. Und wo ist die angeblich nach Gerechtigkeit strebende Ursula von den Leyen mit ihren billigen Prinzipien? Die Liste der US-Kriege ist lang. Washington überlebt wirtschaftlich, indem es Kriege und Invasionen führt, Gewalt, Unruhen, Terrorismus und Bürgerkriege in Regionen weit über seine Grenzen hinaus schürt. Vom Vietnamkrieg bis zu den Schattenkriegen in Somalia, Pakistan und auf dem afrikanischen Kontinent. Warum also werden die USA nicht zur Rechenschaft gezogen? Warum werden die US-Gelder nicht eingefroren? Warum gibt es keine internationalen Strafmassnahmen gegen Washington?

Die von den USA dominierte internationale Ordnung muss jetzt geändert werden. Je früher, desto besser für die ganze Welt, die Sicherheit, die Gerechtigkeit und die Ruhe der vielen Völker und Länder auf allen Kontinenten, in denen die Vereinigten Staaten mit ihrer Macht Chaos und Gesetzlosigkeit anrichten.

QUELLE: THE US IS THE MAIN INSTIGATOR OF TERRORISM AROUND THE WORLD

ÜBERSETZUNG: CONTRA24

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-usa-sind-der-hauptverursacher-des-terrorismus-in-der-welt/>



Ein Artikel von Renate Dillmann; 16. Dezember 2022 um 9:29

Die öffentliche Meinung in Deutschland ist sich weitgehend einig, dass es in dieser Welt indiskutabel repressive und autoritäre «Regime» gibt: Nordkorea und China zählen mit Sicherheit dazu; auch Putins Russland und die Mullahs im Iran. Und wenn man auch nicht so sehr viel weiss über diese Länder, ist man sich sicher: In diesen Ländern wird die Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen getreten; es herrschen Zensur und allgegenwärtige staatliche Überwachung; Proteste und Demonstrationen, so es sie überhaupt gibt, werden niedergeschlagen, Teilnehmer und Aktivisten mit übelsten Polizeistaat-Methoden behandelt. Warum ist das so? Die gängige Antwort lautet: Die dort regierenden Politiker haben keinen Respekt vor den Menschenrechten. Sie setzen den Machterhalt ihrer «Regime», ob über Schein-Wahlen legitimiert oder nicht, über alles. Die deutsche Öffentlichkeit, ob Bürger oder Journalisten, verachten solche Staatswesen deshalb unisono. Von Renate Dillmann.

Diese Verachtung begründet man damit, dass es «bei uns» ganz anders zugeht. Hier in Deutschland sind Meinungs- und Pressefreiheit grundgesetzlich garantiert. Unsere Verfassung erlaubt Versammlungen und Demonstrationen. Als Lehre aus dem «Bösen» des Nazi-Staats werden hohe rechtliche Ansprüche angelegt, wenn staatliche Exekutiv-Organen in diese Rechte eingreifen wollen. Geheime Dienste, die «natürlich» auch das liberale Deutschland unterhält, um nach eigener Darstellung all diese Freiheiten gegen Gefahren von aussen und innen zu schützen, stehen unter der Kontrolle des Parlaments und machen ihre Resultate teilweise sogar öffentlich, in einem jährlichen «Verfassungsschutzbericht» etwa. So ungefähr sieht das populäre Bild von der heutigen Staatenwelt aus.

Seltsames im Land der Guten und Freien

Schaut man – als in diesem Sinne politisch gebildeter Bürger oder von Sowi-Lehrern mit dem eigenen Staatswesen vertraut gemachte Schülerin – auf einige Ereignisse und Gesetzesvorhaben der letzten Zeit, müsste man eigentlich ins Grübeln geraten:

In einer Studie der NATO, die auch die EU veröffentlicht hat, wurde der Tatbestand der «Informationswäsche in Deutschland» untersucht. Darunter verstehen die Autoren journalistische Positionen, die Zweifel an (aus-)politischen Informationen bzw. Begründungen äussern. Untersucht werden zunächst die Themen COVID-19, EU-Sanktionen gegen Russland, Nord Stream 2 sowie die Vergiftung von Alexei Nawalny. Seit dem Februar 2022 tritt die Berichterstattung zum laufenden Ukraine-Krieg hinzu. Als Resultat wird der Tatbestand der «Desinformation» festgehalten, als einer der «Hauptakteure» wurde neben Sputnik und RT Deutsch Florian Rötzer, damals noch Telepolis, inzwischen Overton-Magazin, genannt. Rötzer hat im Fall Nawalny und zur Ukraine-Berichterstattung übrigens das getan, was guter Journalismus kann: Er lieferte gute Recherchen und fragte hartnäckig nach.[1]

Die linke Tageszeitung «Junge Welt» soll laut Bundesregierung gezielt finanziell in die Enge getrieben werden. Anfang Mai 2021 stellte sich die Bundesregierung nach einer Anfrage der Linkspartei explizit hinter die inzwischen gut fünfzehn Jahre andauernde Beobachtung der «Jungen Welt» durch den Verfassungsschutz. Die dezidiert marxistische Position inklusive «Klassenbegriff», Mobilisierung für linke Konferenzen und Demonstrationen sowie eine nicht genügende Distanzierung von Gewalt bei Befreiungsbewegungen der 3. Welt wurden als Gründe angeführt; finanzielle Schädigung für die Tageszeitung als explizit gewollte Folgen genannt.

Am 25.6.21 wurde dem Verfassungsschutz per Gesetz erlaubt, auf die sogenannten Messenger-Dienste zuzugreifen und verschlüsselte Kommunikation der Bürger mitzulesen.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat im Dezember 2021 ein neues Versammlungsgesetz verabschiedet. Es erlaubt die (verdeckte) Überwachung und Aufzeichnung von Demonstrationen durch Drohnen und Hubschrauber; es verlangt (mehr) Daten über Anmelder und Ordner; es verbietet – ausser der sogenannten «Vermummung», mit der Protestierende einer Identifizierung vorbeugen wollen – einheitliche Kleidung, mit der ein inhaltliches Anliegen, aber auch «Militanz» ausgedrückt wird.[2] Bayern will mit einem neuen Artikel im Polizeiaufgabengesetz nachziehen, das eine anlasslose Personenüberprüfung bereits vor dem Zutritt zu Veranstaltungen bzw. Demonstrationen gestattet.

Eine Demonstration vor der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes (Düsseldorf, 26.6.21) wurde von einem «massiven Polizeieinsatz begleitet», der den Geist des neuen Gesetzes vorwegnahm. Die mediale Aufregung angesichts des behördlichen Einsatzes von «Reizgas und Einsatzmehrzweckstock» (Presseerklärung der Polizei), stundenlanger Einkesselung von Hunderten Leuten, Abbruch der Demonstration und vielen Verletzten galt einem DPA-Fotografen, der zwischen die Fronten geraten war. Die Kommentare der Leser einer Düsseldorfer Zeitung bewegten sich zu einem nicht geringen Teil zwischen «der Fotograf wollte wieder mal nur die Polizeigewalt ablichten» bis hin zu «geschieht der Antifa (wahlweise: den Kommunisten, den Chaoten, den Linken) sowieso recht» ...

Im Jahr 2022 sind folgende Verschärfungen hinzugekommen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit!): Der russische Sender RT wurde inzwischen in Deutschland de facto verboten; die vor dem Verbot produzierten Sendungen sind nicht mehr abrufbar – ein klarer Fall staatlicher Zensur.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges werden russische Künstler unter Druck gesetzt, sich öffentlich von ihrem Heimatstaat und «Putin» zu distanzieren; wer dieser Aufforderung nicht nachkam oder sie nicht drastisch genug erledigte, musste mit Absagen oder gar Entlassungen (etwa der Dirigent der Münchner Philharmonie, Valery Gergiev) rechnen – Fälle von politischer Diskriminierung.

Wissenschaftler, die sich kritisch zur deutschen Definition von der Alleinschuld Russlands wie der deutschen Aussenpolitik (Lieferung schwerer Waffen) im Ukraine-Krieg äussern, werden angegriffen und mit Konsequenzen bedroht. Mit der «Zeitenwende» steht nämlich auch im Fall der «freien Wissenschaft» eine «Gesinnungswende» an: Logik und Vernunft sind der Freiheit privater Meinungsäusserungen vorbehalten, die es weiterhin geben darf. Als Wissenschaftler allerdings haben sie sich an die Regierungslinie zu halten. Bisher beliebte pazifistische und europäische Idealismen genossen jedenfalls nicht den Schutz des Grundgesetzes, pardon: der NATO.

Zum Jahresende soll den «NachDenkSeiten» die Gemeinnützigkeit entzogen werden. Der Angriff verfolgt zwei Ziele: Der Seite, die eine wichtige Plattform neben den «Mainstream-Medien» darstellt, soll die finanzielle Basis entzogen werden und man will Leser abschrecken. Zur Begründung dient der bemerkenswerte Vorwurf, es fehle dieser Internetseite an «Volksbildung» – Kommentar überflüssig, irgendwann fällt einem auch nichts mehr ein zu derart dreisten Verdrehungen.

Mit seiner Anerkennung des «Holodomor» als Völkermord hat der deutsche Bundestag eine wissenschaftlich umstrittene Debatte «(geschichts)politisch» entschieden. Die Stimmen der Regierungsparteien (plus Unionsfraktion) schreiben jetzt gesetzlich vor, wie man in dieser Frage zu denken hat.

Auf der Basis des neuen Polizeigesetzes wurden in Bayern 19 Leute von der «Letzten Generation» in Präventivhaft genommen, wochenlang festgesetzt und erst freigelassen, als sie versprachen, von weiteren Aktivitäten abzusehen. Die freie Presse diskutiert daran die Frage, warum sich die Bundesländer beim Mittel Präventivhaft bisher nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen können.

Last but not least: Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock, die im September 2021 damit Wahlkampf gemacht hatte, sich für die Freilassung von Julian Assange einzusetzen (wegen «schwerwiegender Verstösse gegen grundlegende Freiheitsrechte der Europäischen Menschenrechtskonvention im Umgang mit Julian Assange – allen voran gegen das Verbot von Folter (Art. 3), gegen das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 5), gegen das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6) und gegen das Recht, keine Strafe ohne Gesetz zu erhalten (Art. 7)»), lässt heute durch ihr «wertebasiertes Ministerium» erklären: «Die Bundesregierung hat keinen Anlass, an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens und des Vorgehens der britischen Justiz zu zweifeln.» (Auswärtiges Amt, 09.02.2022)

Zusammengefasst: Nach aussen – Richtung China, Belarus, Russland oder andere übliche Verdächtige – laute Anklagen gegen mangelnde Presse- und Demonstrationsfreiheit. Im Innern ständig zunehmende Repression: Geheimdienstliche Schikanen gegen eine linke Tageszeitung und einen unbequemen Journalisten; ein neues Polizei- und Versammlungsrecht, das deutlich auf Abschreckung, Unterordnung und Kriminalisierung von Demonstrationen zielt; eine Polizei, die das schon mal durchexerziert, und Bürger, die dabei applaudieren – ohne dass all das das Bild von der freiheitlichen Gesellschaft irgendwie ankratzen könnte. Man kann jetzt natürlich abwinken – nach dem Motto: Was geht's mich an? Oder sagen: In China und Nordkorea ist es sicher noch schlimmer. Das mag sein. Obwohl zumindest auffallen könnte, dass man dieses Argument in seiner ganzen Abstraktheit durchhalten kann, ohne das Geringste über Presse, Öffentlichkeit, Staat und Polizei hier wie dort zu wissen.

Man kann natürlich auch voll dafür sein, dass die Linken, die ewigen Nörgler und die Antifa (in die Presse) kriegen, weil man der Auffassung ist, dass damit alles besser wird in diesem schönen Land. Man kann sich genau umgekehrt in der trüben Meinung bestätigt sehen, dass Deutschland im Kern eben doch ein faschistisches Land ist, das jetzt wieder seinen wahren Charakter enthüllt.

Oder – und das ist die Alternative, die ich hier vorschlage – man kann sich der Frage widmen, wie das alles zusammengehört: Die Verankerung von Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit im Grundgesetz, das Selbstbewusstsein von der Güte der deutschen Demokratie im Wettstreit der Staaten – und die oben zitierte Realität.

Wen das interessiert, der sollte weiterlesen.

Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit

Die Gesellschaft, in der wir leben, beruht wesentlich darauf, dass ihre Mitglieder in wirtschaftlicher Konkurrenz zueinander versuchen, ihr «Glück zu schmieden», also den für sie grösstmöglichen Vorteil zu erlangen. Dabei brauchen sie sich einerseits: Der Verkäufer den Kunden, der Mieter den Vermieter, der Unternehmer die Arbeitskräfte. Andererseits stehen sie mit ihren Interessen gegeneinander: Was zu zahlen ist und was dafür geliefert werden muss, ist und bleibt notwendigerweise strittig. Selbst wenn in Kauf-, Miet- oder Arbeitsverträgen zu einem bestimmten Zeitpunkt darüber Einigkeit erzielt wird, versuchen alle Seiten, mit ihrer eigenen Willenserklärung so kreativ umzugehen, dass im Vollzug dann doch der Vertragspartner schlechter und man selbst besser fährt – Rechtsanwälte und Zivilgerichte leben von diesem Dauerstreit.

Was hat das mit unserem Thema zu tun? Viel! Es macht deutlich, warum in dieser Gesellschaft kaum zu erwarten ist, dass sich ihre Mitglieder in irgendetwas einig sind oder werden. Schon die simple Beschreibung eines x-beliebigen Gegenstandes wird verschieden ausfallen, je nachdem, wer mit welchem Interesse auf ihn schaut. Wie laut wird wohl die Wohnung neben der Eisenbahn in den Ohren eines potenziellen Mieters klingen – und wie leise in denen des Vermieters, der die Bude anpreisen will? Wie gut sieht der angebotene Gebrauchtwagen aus, wie sehr ist den Auskünften von Handwerkern zu trauen, wie wirtschaftsverträglich erscheint eine Lohnforderung? Eine «Objektivität» kann es unter diesen Bedingungen nicht geben. Das liegt nicht daran, dass es so schwer wäre, sie tatsächlich zu ermitteln, sondern daran, dass es in dieser Art Streit gar nicht um so etwas wie die Wahrheit der Sache geht. Auf das jeweilige «Objekt» richten sich unterschiedliche bis gegensätzliche Interessen, die die «Meinung» über es notwendig subjektiv ausfallen lassen – je nach «Perspektive» eben, wie jeder weiss.

Insofern gehört der freie Streit der Meinungen zu einer Gesellschaft konkurrierender Interessen essentiell dazu. Er findet seine Fortsetzung in einer pluralistischen Presse, die über das Weltgeschehen berichtet und dieses kommentiert. Das Handeln der Regierenden, der Zustand der Wirtschaft, die aussenpolitische Lage – sie sehen je nach Standpunkt der jeweiligen Redaktion sehr verschieden aus; je nachdem eben, ob aus christlicher, wirtschaftsliberaler oder arbeitertbewegter Sicht geschrieben wird. Die durchgesetzte «Mainstream-Presse» sorgt sich tagtäglich vor allem um den Erfolg der Nation, für die sie berichtet. Deshalb enthalten ihre Artikel – entgegen der journalistischen Selbstdarstellung von «erst Information, dann Kommentar» – bereits in der Darstellung der angeblich «puren Fakten» einen eindeutigen Bezug auf die nationalen Anliegen: Sie berichten selektiv, haben klare Freund-Feind-Kriterien und ordnen damit die wirtschaftlichen Erfolge, staatlichen Gewaltakte und Kollateralschäden der Weltordnung zuverlässig zu. In ihren Kommentarspalten sind sie dann notorisch kritisch – gegenüber dem unbefriedigenden Durchsetzungsvermögen der Regierung wie den Erfolgen der Nation auf allen denkbaren Feldern, von den Schlagern über den Sport bis hin zum Kriegseinsatz.

Das alles kann man vom Standpunkt des Bedürfnisses, Bescheid wissen zu wollen über den Lauf der Welt, eher ungünstig finden; die Mitglieder dieser Gesellschaft finden es aber im Normalfall völlig selbstverständlich, ja geradezu natürlich (wie soll es anders gehen?), dass Aussagen nicht objektiv, sondern interessengeleitet sind. Gewohnheitsmässig vermuten sie deshalb umgekehrt auch hinter jeder noch so nüchtern daherkommenden Sachaussage ein verborgenes Interesse und fragen, worauf ein Argument eigentlich «hinauslaufen» soll, was der Sprechende also «eigentlich» im Sinn hat mit seinem Gerede.

Die Garantie von Meinungs- und Pressefreiheit im Grundgesetz trägt dem Konstruktionsprinzip einer Konkurrenz-Gesellschaft Rechnung: Die freien und vor dem Recht gleichen Eigentümer, die nach ihrem Vorteil streben sollen, sind sich in nichts einig; sie formulieren ihre unterschiedlichen bis gegensätzlichen Anschauungen und Interessen in der Form von Meinungen und sie streiten in Form von Parteien – auch das ist ihnen erlaubt – um die jeweils aktuelle Fassung des «allgemeinen Wohls», das durch die Regierung umgesetzt werden soll.

Für den Fall, dass Bürger mit politischen Entscheidungen nicht einverstanden sind, dürfen sie das öffentlich zum Ausdruck bringen. Die Verankerung des Demonstrationsrechts in der Verfassung zeigt, dass der demokratische Staat damit rechnet, dass sein Regierungshandeln permanent Unzufriedenheit erzeugt – kein Wunder angesichts der gegensätzlichen Interessen in seinem Volk. Im Umgang mit dieser Unzufriedenheit ist er so liberal, demonstrativen Protest gegen seine Entscheidungen grundsätzlich zuzulassen.

Dass Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit grundgesetzlich zugestanden werden, heisst allerdings auch, dass nur das erlaubt ist. Jeder Bürger, jede Bürgerin kann sich zu allen Tatbeständen dieser Welt denken, was er bzw. sie will. Zeitungen dürfen Unfug aller Art drucken und Demonstranten dürfen für oder gegen alles Mögliche protestieren.

Ein Recht auf praktische Umsetzung haben sie damit nicht. «Allen gesellschaftlichen Ansprüchen und Interessen wird ein ganz formelles «verbales» Daseinsrecht zuerkannt und ihnen zugleich als Preis dafür die Anerkennung ihrer Unverbindlichkeit abverlangt, die den tatsächlich stattfindenden Interessenabgleich, die Herstellung gesellschaftlicher Verbindlichkeit, einer Macht ausserhalb des Reiches der Privatinteressen überlässt: nämlich der höchsten Gewalt, die in diesem System alle Lizenzen vergibt. Anders ausgedrückt: Wenn alle divergierenden Meinungen gleichermassen gelten sollen, dann gilt keine. Dann gilt eben das, was vom staatlichen Gewaltmonopol erlaubt und geboten wird.»[3]

Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit

Gerade indem also Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit per Verfassung anerkannt werden, werden alle Gedanken, alle Kritik und alle daraus entspringenden Willensbekundungen zu praktischer Ohnmacht verurteilt. Zudem werden auch diesen Freiheiten, kaum dass sie in Kraft gesetzt sind, rote Linien gezogen.

Historisch gab und gibt es von Staats wegen mit jedem neuen Kommunikationsmittel ein Bedürfnis nach Aufsicht, Sortieren und Zensur – ob das der Buchdruck war, die ersten Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen oder die heutigen «sozialen Medien». Die neue Technik soll von den Bürgern genutzt werden

können – was der demokratische Staat im Unterschied zu seinen vorbürgerlichen Kollegen explizit anerkennt. Gleichzeitig aber soll das zum Funktionieren dieser Gesellschaft beitragen und sie nicht etwa infrage stellen.

Artikel 18 Grundgesetz legt fest: «Wer die Freiheit der Meinungsäusserung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmass werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.»

Nicht jede Meinung, jede Presseäusserung, jede Versammlung geniesst also den Schutz der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes, sondern nur diejenigen, die keine prinzipielle Gegnerschaft gegen diese Ordnung formulieren und es damit auch noch ernst meinen («Kampf»). Wer seine Freiheit so versteht, «missbraucht» per definitionem seine Rechte – und verliert sie.

Daran zeigt sich ein weiterer Pferdefuss der im Grundgesetz ausgesprochenen Freiheit zum Meinen, zum Schreiben und zum Demonstrieren: Mit der Erlaubnis dazu ist zugleich eine Instanz installiert, die darüber wacht und entscheidet, was erlaubt und was verboten ist. Wenn Unzufriedenheit zur Äusserung von Kritik führt, darf diese nicht zu weit gehen; «das System» infrage zu stellen und dafür zu mobilisieren, wirft aus der Warte der staatlichen Aufsicht die Frage auf, ob das nicht weniger Gebrauch als Missbrauch der gewährten Freiheit ist. Kritik soll konstruktiv sein – sie soll sich schon beim Formulieren der Beschwerde fragen, wie es denn besser gehen könnte, und sich damit einbringen in den öffentlichen Diskurs. Alles andere ist auch in dieser Sphäre schnell an der Kippe zum Problemfall, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird und mit diversen Verboten belegt werden kann: Berufsverbot, Parteienverbot, Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit usw. usf.

Das Bedürfnis nach permanenter Verschärfung ist notwendig

Es gibt also keineswegs nur in China oder Nordkorea, sondern mitten in der freiheitlichsten Demokratie ein elementares staatliches Bedürfnis, die Meinungsbildung der Bürger im Auge zu behalten und rechtzeitig festzustellen, ob Ge- oder Missbrauch der erlaubten Freiheiten vorliegt – was naturgemäss eine nicht leicht zu beantwortende Frage bzw. «Einschätzung» darstellt. Konkreter formuliert: Das Bespitzeln von Bürgern, von Journalisten sowie Protestierenden aller Couleur und das Ausforschen ihrer weltanschaulichen Gesinnung und politischen Loyalität gehört zur freiheitlich-demokratischen Ordnung und stellt keinen Widerspruch zu ihr dar – wie möglicherweise Leute denken, die zu viel Stasi-Filme gesehen haben (interessant übrigens, dass es davon erheblich mehr gibt als Filme über die Überwachungsmethoden der Nazis). Kein Wunder also, dass die Bundesrepublik sich 1950, kaum war das Grundgesetz verabschiedet, an den Aufbau eines solchen Dienstes machte – übrigens auf Vorschlag ihrer demokratischen Besatzungsmächte hin. Kein Wunder auch, dass sie dabei auf in der «Sache» erfahrene Nazis zurückgegriffen hat – schliesslich ging es sofort wieder gegen den alten wie neuen Feind: Den «Bolschewismus» im eigenen Land, der aller faschistischen Verfolgung zum Trotz noch nicht ganz ausgerottet war.

Für die entsprechenden Behörden, die mit dieser Aufgabe betraut werden, ist die verlangte Unterscheidung nicht ganz einfach; aus ihrer Sicht stellt sich die Welt ziemlich unübersichtlich dar. Überall scheint es potentiellen Missbrauch zu geben – neben den notorisch verdächtigen Linken, Autonomen, Verfolgten des Nazi-regimes, Antifas usw. inzwischen eine ganze Menge an Rechten, Identitären, Reichsbürgern, Preppern und Querdenkern; dazu Islamisten usw. usf. Man könnte fast sagen: Je weniger es eine grosse, geeinte Opposition gibt (wie die frühere Arbeiterbewegung), desto schwerer haben es die Dienste, all das mitzukriegen und fachkundig zu sortieren, was sie interessiert und was sie verdächtig finden. Die akribische Arbeit des deutschen Verfassungsschutzes, der noch kleinste Gruppierungen beobachtet und gewissenhaft auflistet, sollte in dieser Hinsicht vielleicht auch einmal gewürdigt werden.[4]

Da zudem dauernd neue Kommunikationsmittel erfunden werden, hinken die Möglichkeiten und Befugnisse der politischen Polizei immer mal wieder hinterher – wie ab und an bedauernd mitgeteilt wird. Das ist ein unschöner Zustand, der deshalb permanente Anpassungsleistungen, sprich: Verschärfungen erforderlich macht.

Dass sich beispielsweise eine linke Tageszeitung halten und ihre Auflage sogar steigern kann, ist eigentlich nicht vorgesehen. 20'000 Abos für ein linkes Blatt – das ist offenbar zu viel für die deutsche Demokratie. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz soll Abonnenten, Autoren und Geschäftspartner abschrecken, der «jungen Welt» schlechtere Konditionen bescheren und sie so schädigen. Die vorgetragenen Rechtfertigungen dafür sind hanebüchen (kommt die FAZ unter Beobachtung, weil sie dogmatisch wirtschaftsliberal ist und keinen Marxisten zu Wort kommen lässt? Weil sie in Konferenzen für die «Zukunft Europas» mobilisiert? Weil sich Jasper von Altenbockum nicht genügend von den Gewalttaten der deutschen Armee distanziert?)

Dass es mit den Online-Plattformen ein paar neue Medien geschafft haben, journalistische Produkte neben den etablierten Verlagen anzubieten und, weil kostenlos, nicht wenige Leser haben, ist eine weitere Neu-

erscheinung, die selbstverständlich kontrolliert werden muss. Auch hier sammeln sich vielleicht Autoren jenseits des Mainstreams und können glatt ein paar Gedanken und Fragen äussern, die nicht dem üblichen Standpunkt entspringen, sich um den Erfolg des deutschen Staatswesens Sorgen zu machen. So war es natürlich nicht gemeint mit der Meinungs- und Pressefreiheit – das ist «Desinformation». (Liebe Leser, ist Ihnen eigentlich klar, wie offen damit der Zweck benannt wird, dem die nicht! zensierte! freie! Presse zu dienen hat? Journalismus, der den Verlautbarungen der deutschen bzw. NATO-Politik mit dummen Rückfragen kommt und ihre diplomatischen Konstrukte stört, wird mit regelrechten Kriegs-Terminologien belegt.) Konsequenz: Die russischen Medien in Deutschland, wie etwa RT Deutsch, werden madig gemacht, indem man sie als «vom Kreml finanziert» ausweist, Online-Zeitungen und ihre Redakteure unter Beobachtung gestellt und damit eingeschüchtert.

Privatmenschen, darunter auch die Feinde der Freiheit, kommunizieren verschlüsselt, um das Mitlesen ihrer Botschaften und Verabredungen zu erschweren; da muss sich ein effektiver und moderner Staatsschutz selbstverständlich den Zugriff auf die gesamte angeblich private Kommunikation der Bürger gestatten lassen – Postgeheimnis hin oder her.

Und Demonstrationen stören zunehmend einfach nur noch. Zwar ist es nicht mehr viel und zunehmend hilfloser Protest. Aber gerade deswegen: Warum soll man als gewählter Politiker eigentlich noch hinnehmen, dass die so wichtigen und vor allem sowieso «alternativlosen» Staatsgeschäfte von naiv-idealistischen und harträckig opferbereiten Jugendlichen behindert werden? Mit dem Vorgehen gegen die angeblich so unerträglich gewaltsamen G-20-Demonstranten von Hamburg hat man sich den Vorwand verschafft, Landes-Polizei-Gesetze und nun auch Landes-Versammlungs-Gesetze zu verschärfen. Die Wahrnehmung des Demonstrations-Rechts, das «wir» gegen China und die anderen «autoritären» Staaten jederzeit selbstzufrieden hochhalten, soll in der deutschen Heimat zu einem echten kleinen Harakiri-Erlebnis für jeden gemacht werden, der das glaubt.

Kein Fall für Streit

Halten wir das bisherige Resultat fest: Die staatlichen Ansprüche an das reibungslose und störungsfreie Funktionieren der Sphäre von Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit sind in der liberalsten Demokratie, die Deutschland je hatte, ziemlich hoch – um nicht zu sagen: totalitär. Man könnte fast meinen, es solle bewiesen werden, dass eine fortgeschrittene Demokratie ihre politische Stabilität effektiver gewährleisten kann als jede Diktatur. Gut, ein wenig profitiert die deutsche Republik sicher immer noch von dem disziplinierenden Effekt zweier Weltkriege und eines faschistischen Dritten Reiches, das die oppositionelle Arbeiterbewegung ziemlich komplett eliminiert hat. Aber daraus haben «wir» ja auch «gelernt» und operieren heute deutlich eleganter als damals: All die schönen, im Grundgesetz garantierten Freiheiten werden gar nicht angetastet. Ganz im Gegenteil: Um diese Freiheiten zu verteidigen, muss die «innere Sicherheit» mit all ihren Behörden, Spitzeln und Methoden dauernd stärker bewacht werden – die «Feinde» schlafen schliesslich nicht.

Und so können «wir» den Chinesen (wahlweise Russen, Weissrussen, Iranern, und überhaupt jedem, wo es nötig ist) zum Glück auch immer wieder ganz ungeniert mit dem grossen Freiheitsbanner kommen, wenn die sich mit ihren inneren (von «uns» protegierten und finanzierten) Feinden herumschlagen.

Mit dem Widerspruch, Freiheiten anderswo lauthals einzuklagen und gleichzeitig im Innern immer mehr einzuschränken, kommt die deutsche Öffentlichkeit, Mainstream-Redaktionen wie Publikum, bemerkenswert gut klar. Mit grosser Anteilnahme verfolgt man das Schicksal drangsaliierter Journalisten oder Aktivisten im hintersten Erdenwinkel – und schert sich nicht die Bohne darum, wenn in Hamburg oder Düsseldorf Demonstranten fertiggemacht werden. Man engagiert sich für tapfere Frauen im Iran und ist begeistert von unbeugsamen Künstlern in China; von der Einschüchterung kritischer Journalisten oder finanziellen Attacken auf linke Zeitungen bzw. antifaschistische Verbände im schönen Deutschland will man nichts wissen oder legt die entsprechenden Meldungen ungerührt beiseite.

Solcherart Schizophrenie ist nur durch einen sehr gesunden Patriotismus zu erklären. Hier, bei «uns», ist es allemal besser als im Rest der Welt. Fakten über dort und hier können das nicht infrage stellen. Und für eine grössere Aufregung um «unsere Werte» ist in dieser Frage einfach kein Platz in der freien, unzensierten Öffentlichkeit unserer schönen Demokratie.

Titelbild: Paitoon Pornsuksomboon/shutterstock.com

[1] stratcomcoe.org/publications/informationswsche-in-deutschland/22, euvsdisinfo.eu/de/ueber-uns/ Die Nawalny-Berichterstattung auf Telepolis ist zu finden über die Suchfunktion bei Telepolis. Hier ein Beispiel von mehreren: heise.de/tp/features/Nawalny-Ein-Spiegel-Bericht-ueber-das-Ergebnis-des-Bundeswehrlabors-und-offene-Fragen-4886082.html

In Grossbritannien ist gleichfalls zu sehen, was passieren kann, wenn ein Journalist Regierungsinteressen in die Quere kommt: Craig Murray, früher britischer Diplomat und inzwischen Journalist, der beharrlich den Assange-Fall begleitet, ist unter Vorwänden zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Berichterstattung wird die Fortsetzung dieses Verfahrens nicht mehr stören. nachdenkseiten.de/?p=72388

overtone-magazin.de/krass-konkret/graeueln-an-zivilisten-was-ist-in-bucha-geschehen/

Mehr zum Thema: nachdenkseiten.de/?p=89213

[2] taz.de/Neues-Versammlungsgesetz-in-NRW/!5783048/; heise.de/tp/features/Die-Erlaubnis-sich-versammeln-zu-duerfen-6026276.html; labournet.de/interventionen/grundrechte/grundrechte-all/demonstrationsrecht/nrw-schwarz-gelbe-landesregierung-will-neues-versamlungs-bzw-versamlungsverhinderungsgesetz/

[3] Albert Kröls, Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern? Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus. Hamburg 2009, S. 180

[4] bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publication-File&v=2

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=91673>

Es herrscht ohrenbetäubendes Schweigen um die weltweit wichtigste Nachricht

uncut-news.ch, Dezember 21, 2022, Kaboompics.com via Pexels.com

Der britische Fernsehmoderator Neil Oliver hat einen eindringlichen Monolog über «die weltweit grösste Nachricht», den mRNA-Corona-Impfstoffskandal, gehalten. Aber wer sich darüber informieren will, muss im Internet suchen.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass 1 von 100 Personen, die die Pfizer-Spritze erhalten, eine schwere Nebenwirkung erleiden. Medizinische Experten fordern eine Aussetzung des Impfprogramms. Die Regierung drängt jedoch weiterhin darauf, dass sich Menschen aller Altersgruppen mehr impfen lassen.



Auf der ganzen Welt werden Fragen über den Zusammenhang zwischen Blutgerinnseln und dem Impfstoff von AstraZeneca gestellt. Die EU-Länder verwenden es nicht mehr, und in Grossbritannien wird es nicht mehr an Personen unter 30 Jahren vergeben. In der Zwischenzeit wurde der Vorstandsvorsitzende von AstraZeneca, Pascal Soriot, von Prinz Charles zum Ritter geschlagen.

Viele Länder haben mit einer ungeklärten Übersterblichkeit zu kämpfen. Diese sind nun höher als die Covid-Todesfälle. Überall auf der Welt sterben Menschen nach der Spritze. Jeden Tag wurde mit grossem Tamtam die Zahl der Covid-Toten bekannt gegeben. Wo bleibt die Aufregung über die ungeklärten Todesfälle?

Seit Jahren schreien die Experten von den Dächern, dass etwas ganz und gar nicht stimmt. Sie wurden lächerlich gemacht, ihr Ruf wurde ruiniert, sie kamen auf die schwarze Liste. In der Zwischenzeit gibt es immer wieder Auffrischungsimpfungen und Wiederholungsimpfungen.

Oliver sagt, er habe mit Journalisten gesprochen, die mit Abgeordneten, Fachleuten des Gesundheitswesens und Medienvertretern in Kontakt stünden, aber sie würden sich in dieser Frage nicht die Finger verbrennen. Das absichtliche Wegschauen ist nur die Spitze des Eisbergs, argumentiert Oliver. Die Übersterblichkeit schiesst in die Höhe, der Krieg in der Ukraine wird totgeschwiegen, die grösste Umverteilung von Reichtum aller Zeiten, die Aushöhlung unserer Rechte, die Umstellung von Bargeld auf die digitale Zentralbankwährung (CBDC), zählt er auf. In einem Land der ersten Welt stehen die Menschen in eisiger Kälte in der Schlange vor der Essensausgabe.

Während der Debatte im britischen Unterhaus über Impfschäden war der Saal praktisch leer. Zu all den Politikern, die nicht erschienen sind, sagt Oliver: «Sie können sich die Hände vor die Augen halten, aber wir sehen sie. Sie halten den Mund, aber das Schweigen ist ohrenbetäubend.»

Quelle: <https://uncutnews.ch/es-herrscht-ohrenbetaeubendes-schweigen-um-die-weltweit-wichtigste-nachricht/>

General behauptet, dass britische Marines verdeckte Operationen in der Ukraine durchgeführt haben

uncut-news.ch, Dezember 19, 2022, Will Porter

Britische Royal Marines haben nach Angaben des ehemaligen Leiters der Eliteeinheit hochriskante Spezialoperationen in der Ukraine durchgeführt. Er sagte, dass britische Kommandotruppen in diesem Jahr mehr als einmal in das Land entsandt wurden.

Wie Generalleutnant Robert Magowan in der offiziellen Zeitschrift der Royal Navy, dem «Globe and Laurel», schreibt, wurden seit Januar rund 350 Marinesoldaten zu zwei Einsätzen in die Ukraine entsandt. Der erste Einsatz war die Unterstützung bei der Verlegung des diplomatischen Personals des Vereinigten Königreichs nach Polen kurz vor dem Einmarsch Russlands.



Royal Marines mit der Eliteeinheit 45 Commando bei Übungen im hohen Norden Norwegens.
(Credit: Britisches Verteidigungsministerium / Nick Tryon)

Der zweite Einsatz fand im April statt, kurz nach dem Rückzug Moskaus aus der Region um die ukrainische Hauptstadt, so Magowan, der früher Generalkommandant der Royal Marines war und jetzt als hoher Beamter dem Chef des Verteidigungsstabs unterstellt ist.

«Im April kehrten sie in das Land zurück, um die diplomatische Mission wiederherzustellen und wichtige Mitarbeiter zu schützen», so der General. «Während beider Phasen unterstützten die Kommandos andere diskrete Operationen in einem äusserst sensiblen Umfeld und unter hohem politischen und militärischen Risiko.»

Obwohl Magowan nicht näher erläuterte, worum es sich bei diesen «anderen» Missionen handelte, ist er der erste britische Beamte, der seit Beginn des russischen Angriffs im Februar öffentlich Sondereinsätze in dem Land bestätigt. Das britische Verteidigungsministerium hat zwar eingeräumt, dass Soldaten zum Schutz des Botschaftspersonals entsandt wurden, hat aber nie über Einsätze in dem von Magowan beschriebenen Umfang gesprochen und äussert sich nur selten zu verdeckten Operationen.

Auf die Behauptungen des Generals angesprochen, erklärte ein Sprecher der Royal Navy lediglich, dass die Marinesoldaten «zur Unterstützung der diplomatischen Präsenz Grossbritanniens in die Ukraine entsandt wurden», betonte aber, dass «sie keine Kampffunktion hatten».

Die Marineeinheit, die für beide Einsätze entsandt wurde, bekannt als 45. Commando, ist nach Angaben der Times heute auf «arktische Kriegsführung» spezialisiert und hat zuvor am Falklandkonflikt sowie an den US-geführten Invasionen im Irak und in Afghanistan teilgenommen.

Truppen des 45. Kommandos waren zu Winterübungen in Norwegen stationiert, als sie Anfang des Jahres zur Unterstützung der Evakuierungsbemühungen von der Ukraine nach Polen gerufen wurden. Der Nachbarstaat diente als Auffanglager für westliche Militärhilfe für Kiew und ausländische Freiwillige, die sich dem Kampf anschliessen wollten.

Magowan lobte die Marineinfanteristen auch für ihre Hilfe bei der Ausbildung ukrainischer Streitkräfte auf fremdem Territorium und sagte, sie seien «stark in den Prozess involviert» gewesen und planten nun, «ukrainische Marineinfanteristen» auszubilden.

Britische Militärausbildner wurden angeblich Anfang des Jahres abgezogen, um mögliche Zusammenstösse nach dem Einmarsch russischer Truppen in das Land zu vermeiden, aber Spezialeinheiten haben die Ausbildungsbemühungen seitdem fortgesetzt, wie örtliche Kommandeure gegenüber der Times erklärten. Ukrainische Offiziere erklärten, britische Soldaten seien im April in die Region Kiew zurückgekehrt, um Rekruten im Umgang mit von Grossbritannien gelieferten Waffen wie der Panzerabwehrwaffe NLAW zu unterrichten. Obwohl diese Ausbildung mit einem der von Magowan berichteten Einsätze zusammenfiel, ist unklar, ob es sich bei diesen Soldaten um Royal Marines handelte.

QUELLE: UK MARINES CONDUCTED COVERT OPS IN UKRAINE, GENERAL CLAIMS

Quelle: <https://uncutnews.ch/general-behauptet-dass-britische-marines-verdeckte-operationen-in-der-ukraine-durchgefuehrt-haben/>

In Neuseeland ist die Jagd auf Andersdenkende eröffnet worden.

uncut-news.ch, Dezember 19, 2022

Der neuseeländische Nachrichtendienst (NZSIS) hat kürzlich eine Broschüre veröffentlicht, die den Menschen helfen soll, Warnzeichen für «gewalttätigen Extremismus» zu erkennen. In der Broschüre werden Dutzende von Anzeichen aufgelistet, die darauf hindeuten könnten, dass «ein Freund oder ein Familienmitglied einen Terroranschlag vorbereitet». Ja, wirklich.



Premier Ardern. World Economic Forum CC BY3.0

Neuseeland ist zum Polizeistaat geworden. Jeder, der eine andere Meinung vertritt, ist ein Feind. Die neuseeländische Regierung gibt Broschüren heraus, in denen der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, dass sie als Terroristen gemeldet werden sollen, wenn sie den Verdacht haben, dass ihre Freunde oder Familienangehörigen gegen die Politik der Regierung sind, einschliesslich COVID-Massnahmen.



Neuseeländer werden ermutigt, «radikalisierte» Personen bei den Behörden zu melden. Wie können diese Menschen erkannt werden? Laut der Generaldirektorin des NZSIS, Rebecca Kitteridge, handelt es sich dabei möglicherweise um politisch motivierte Personen.

«Es könnten die COVID-Massnahmen sein, die die Regierung eingeführt hat, oder andere Massnahmen, die in ihren Augen gegen die Rechte verstossen», sagte sie gegenüber Newshub. «Ich bezeichne es manchmal als ein Sammelsurium von Ideologien und Überzeugungen, das von Verschwörungstheorien genährt wird.» Es scheint sich um eine koordinierte Operation zu handeln. Kurz nachdem der neuseeländische Geheimdienst die Broschüre mit den Warnsignalen veröffentlicht hatte, warnte der Nationale Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit (NCTV) vor «verschwörerischen Extremisten», die unter uns sind.

Das NCTV bezieht sich auf «Extremisten, die Verschwörungstheorien verwenden, um das Vertrauen in die demokratische Rechtsordnung zu untergraben». Verschwörungstheorien können auch zu Aufwiegelung, Drohungen, einschüchternden Hausbesuchen und sogar Gewalt führen, so der Dienst.

Quelle: <https://uncutnews.ch/in-neuseeland-ist-die-jagd-auf-andersdenkende-eroeffnet-worden/>



Ein Artikel von Moritz Müller; 19. Dezember 2022 um 9:07

Am vergangenen Samstag, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, gab es wieder zahlreiche Mahnwachen für den in London inhaftierten WikiLeaks-Gründer Julian Assange. Er ist seit dem 7. Dezember 2010 auf die eine oder andere Art seiner Freiheit beraubt, seit über 3½ Jahren mehr oder weniger isoliert im Hochsicherheitsgefängnis HMP Belmarsh inhaftiert. Seit knapp 4 Jahren beschäftige ich mich mit diesem Fall, der, je genauer man ihn betrachtet, umso ungeheuerlicher wird. Das hat auch ziemlich schnell dazu geführt, dass ich die Auslieferung von Assange in die USA vehement ablehne und seine Freilassung und, so gut es geht, Entschädigung fordere. Nun scheint es mir an der Zeit, einmal wieder über die Personen und Ereignisse zu berichten, die Julian Assange im vergangenen Viertel seines Lebens geholfen haben und ihn damit wahrscheinlich auch zum Überleben ermutigt haben. Von Moritz Müller.

Beim ungeordneten Nachdenken ist mir sehr schnell eine DIN-A4-Seite voller Namen eingefallen, die ich positiv mit Julian Assange verbinde. Das ist Stoff für einen längeren Artikel und ich will heute erst einmal die aktuellsten Ereignisse und die profiliertesten Kämpfer für Julian Assange erwähnen, auch weil am Mittwoch ein Newsletter von FreeAssangeBerlin eingetrudelt ist, der auf sehr aktuelle Veranstaltungen hinweist und den wir unten anhängen. Die beiden Verfasser sind natürlich auch auf «meiner» Unterstützerliste gelandet. Vielen Dank nach Berlin!

Was ich noch voranstellen möchte, ist die Tatsache, dass ich mich durchaus auch mit der Frage des «Kampagnenjournalismus» auseinandergesetzt habe, den ein Leser den NachDenkSeiten Ende 2018 im Zuge unserer Assange-Berichterstattung vorwarf. Dazu habe ich zwei wesentliche Gedanken:

Zum ersten sehe ich in Assange einen sehr konsequenten Kollegen, dessen (Meinungs-)Freiheit es zu verteidigen gilt, wenn wir unsere eigene Freiheit, soweit es diese überhaupt noch gibt, behalten wollen. Dieser Fall ist sozusagen ein Test, wie weit Regierungen bereit sind, zu gehen, Gesetze zu verbiegen und Medien und Justiz für sich einzuspannen.

Das zweite Argument ist eher genereller Natur, nämlich dass man als Beobachter nicht vollständig neutral sein kann. Hierzu gibt es ein Zitat von Julian Assange, das ich hier ein weiteres Mal wiedergeben will:

«To be completely impartial is to be an idiot. This would mean that we would have to treat the dust in the street the same as the lives of people who have been killed.»

«Völlig unparteiisch zu sein, hiesse, ein Idiot zu sein. Das würde bedeuten, dass wir den Staub auf der Strasse genauso behandeln müssten wie das Leben von Menschen, die getötet wurden.» Quelle: NewYorker Viele der unten genannten Menschen kennen Julian Assange persönlich und von diesen bin ich wiederum selbst einigen persönlich begegnet. Was sie über Julian Assange erzählen, lässt das negative Bild, welches im letzten Jahrzehnt in der Öffentlichkeit von Assange gezeichnet wurde, als eher unwahrscheinlich oder zumindest als unvollständig erscheinen.

Ein seit langem überfälliger Schritt ist die Forderung von Australiens Premierminister Anthony Albanese zur Beendigung der Verfolgung von Assange. Er ist der erste australische Regierungspolitiker, der sich für den Australier einsetzt. Bisher war ich skeptisch gewesen, ob sich die aus der Opposition geäußerten Zweifel am Sinn der US-Verfolgung von Assange auch in Worten und Taten als neuer Regierungschef niederschlagen würden. Ich hatte diese Skepsis auch in Artikeln ausgedrückt und hoffe wirklich, dass ich hier Abbitte leisten muss!

Christine Assange, seine Mutter, sieht in dieser auf hoher Ebene agierenden Diplomatie letztendlich den einzigen Hoffnungsschimmer. Auch diverse Regierungschefs und -mitglieder aus Südamerika haben in den letzten Tagen eine Erklärung zugunsten Assanges abgegeben und ihm teilweise auch Asyl angeboten. Leider scheint Einsichtigkeit nicht die grösste Stärke der eher auf Militär, Macht, Propaganda und Rache basierenden US-Politik zu sein. Die USA sind mit diesem Politikansatz in der heutigen Zeit keinesfalls allein, aber sie sind nun einmal das am meisten hochgerüstete Land in der Geschichte und erfordern somit erhöhte Wachsamkeit. Aber Überraschungen und Wunder gibt es ja zum Glück auch immer wieder.

Bei «Glück» fällt mir Assanges Ehefrau Stella ein. Sie hatten sich noch zu Assanges Zeiten des Hausarrests in den Jahren 2010–2012 kennengelernt und sind nach ihren Worten seit 2015 ein Paar. Das war zu der Zeit, als Ecuador Assange Asyl in der Botschaft in London gewährte. In der Botschaft wurden auch die beiden gemeinsamen Söhne gezeugt, die 2017 und 2019 zur Welt kamen und die Assange nur in Gefangenschaft kennen.

Für Stella Assange ist die andauernde ungewisse Situation ihres Ehemanns sicher äusserst schwierig. Sie hat dies immer wieder in Interviews und Erklärungen gesagt. Für Julian Assange ist der unermüdliche Einsatz von Stella Assange wohl eine unschätzbare moralische und emotionale Unterstützung.

Seit Jahren reist Julians Assanges Vater John Shipton um die Welt und kämpft für die Freilassung seines Sohnes. Er ist eine zentrale Figur im Film «Ithaka», der von Assanges Bruder Gabriel Shipton produziert wurde. Auch Gabriel Shipton spricht sich immer wieder für die Freilassung seines Bruders aus. Im angehängten Newsletter finden sich weitere Termine, wo man den Film sehen kann.

Der Schweizer Jurist Nils Melzer hat in seiner Zeit als UN-Sonderberichterstatter für Folter dieses Buch über den Fall geschrieben. Er beschreibt darin detailliert, wie die Behörden der USA, des Vereinigten Königreichs und Schwedens gegen Assange vorgingen und dabei die Justiz in ihrem Sinne benutzten. Wer Zweifel an der Unrechtmässigkeit von Assanges Verfolgung hat, dem sei dieses Buch empfohlen, denn den darin enthaltenen nüchternen Argumenten kann man sich eigentlich nicht verschliessen. Es ist allerdings auch ein sehr bedrückendes Buch, dass beim Leser den Glauben an den Rechtsstaat nicht unbedingt festigt.

Auch die italienische Journalistin Stefania Maurizi hat vor kurzem ein Buch über Julian Assange und WikiLeaks veröffentlicht. Frau Maurizi kämpft sich seit Jahren durch die Justizsysteme der beteiligten Länder, um Akteneinsicht zu erlangen. Ihr Einsatz ist so konsequent wie mühevoll und auch ihr gebührt wie den anderen oben Genannten meine ganze Hochachtung.

Wie eingangs geschrieben, ist meine Liste mittlerweile zu lang, um hier vollständig wiedergegeben zu werden. Es handelt sich bei den hier genannten Personen nur um eine klitzekleine, sehr willkürliche Auswahl. Ich werde versuchen, diese «Liste der Empathie» in nächster Zeit zu ordnen und aufzuschreiben.

Hier nun erst einmal der Newsletter von FreeAssangeBerlin:

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Freiheit von Julian Assange, für Pressefreiheit und freie Rede, bitte kommt wieder zahlreich herbei am Donnerstag, 15.12.2022, zu unserer Mahnwache für Julian Assange. Wie immer mahnen wir Julians Freiheit auf dem Pariser Platz an, direkt vor der US Botschaft, – zwischendrin wollen wir lautstark wie sonst auch zur Britischen Botschaft in der Wilhelmstrasse spazieren!

Allenthalben werden nun Weihnachtsgrüsse geschrieben, wir wollen Julian Assange ebenfalls einen Gruss in seine Zelle schicken. Dafür habe ich Papier und Stifte in der Tasche für Donnerstag, sodass ihr eure Grüsse für ihn jetzt schon mal überlegen könnt.

LONDON, Dec 2 (Reuters) Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Beschwerde eingelegt, wie das Gericht am Freitag bestätigte.

Grossbritannien hatte im Sommer 2022 grünes Licht für seine Auslieferung gegeben, doch Assange hat beim Londoner High Court Berufung eingelegt, und die erste Anhörung wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres stattfinden.

«Wir bestätigen, dass ein Antrag eingegangen ist», hiess es in einer Erklärung des Gerichts.

Sein Anwaltsteam hat ausserdem eine Klage gegen Grossbritannien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, der die Auslieferung möglicherweise blockieren könnte.

Stella Assange sagte, sie hoffe, dass der EGMR sich nicht mit dem Fall befassen müsse und dass er in Grossbritannien gelöst werden könne. Müsste der Fall vor den EGMR gebracht werden, wäre dies «ein trauriger Tag und eine grosse Enttäuschung».

NDS:

nachdenkseiten.de/?p=91351#h01

Infos aus diversen Medien:

Nachtrag zur Solidarität mit Assange in Lateinamerika: amerika21.de/2022/12/261420/brasilien-lula-freiheit-fuer-assange

In Lateinamerika wächst eine Bewegung, die die Freiheit des politischen Gefangenen Julian Assange fordert. «Lasst Julian Assange frei!», sagen Lateinamerikas linke Führer: Lula, AMLO, Petro, Maduro, Ortega, Kirchner, Evo, Zelaya:

multipolarista.substack.com/p/free-assange-latin-america-left

Nachtrag zu dem offenen Brief der Medien, die 2010 mit Wikileaks zusammenarbeiteten:

jungewelt.de/artikel/439900.pressefreiheit-journalismus-ist-kein-verbrechen.html

DJV: djv.de/startseite/service/blogs-und-intranet/djv-blog/detail/news-zweierlei-mass

Nachtrag zu den Bemühungen des australischen Premierministers (engl.): sbs.com.au/news/article/anthony-albaneses-appeal-to-end-julian-assange-pursuit-a-test-of-australia-us-relations-family-say/1v03njuik

Im Tagesspiegel: tagesspiegel.de/australien-premier-albanese-usa-sollen-strafverfolgung-von-julian-assange-beenden-8976022.html

zeit.de/2022/49/julian-assange-wikileaks-auslieferung-annalena-baerbock#paywall Leider Bezahlschranke.

(engl.) im Guardian: theguardian.com/media/2022/dec/12/julian-assange-biden-press-freedom-legacy?CMP=Share_iOSApp_Other&s=09

Fällt etwas aus dem Rahmen, trotzdem immer noch sehr interessant ist diese Meldung aus dem SPIEGEL von 2015, zum Asyl für Snowden in Deutschland, auf das er, als nun russischer Staatsbürger, nicht mehr angewiesen ist:

spiegel.de/politik/ausland/snowden-asyl-usa-sollen-deutschland-gedroht-haben-a-1024841.html

Fragen an Sue-Ellen Braverman: factcheck.de/2022/12/02/fragen-an-ihre-exzellenz-die-britische-innenministerin-sue-ellen-braverman/

Daniel Ellsberg, der «Pentagon Papers» Whistleblower enthüllt, dass auch er Manning-Leaks hatte, und fordert das Justizministerium auf, ihn wie Assange zu belangen (engl.): commondreams.org/news/2022/12/07/revealing-he-too-had-manning-leaks-ellsberg-dares-doj-prosecute-him-assange

twitter.com/danielellsberg/status/1600262331698536448?s=43&t=1XWT_7RXW8o3Y1uYck0-Q

Meinungsumfrage zur Auslieferung, Twitter von Elon Musk:

twitter.com/elonmusk/status/1599224347121500160?s=43&t=hvAvr8Ig3V0XDXWgJXR0SA

Mahnwache des PEN Deutschland in 3 Städten: deutschlandfunkkultur.de/pen-zentrum-deutschland-drei-mahnwachen-fuer-julian-assange-dlf-kultur-56b8bb6c-100.html

rp-online.de/kultur/duesseldorf-pen-zentrum-haelt-mahnwache-fuer-wikileaks-gruender-assange_aid-81363937

www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr3/wdr3-mosaik/audio-cornelia-zetzsche-zu-den-mahnwachen-des-pen-fuer-julian-assange-100.html

swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/eine-auslieferung-von-assange-waere-eine-katastrophe-fuer-den-investigativen-journalismus-pen-zentrum-deutschland-demonstriert-am-tag-der-menschenrechte-100.html

Videos:

Zum Tag der Menschenrechte „Stuhlkaktion“ in Berlin am 10.12.22:

pressenza.com/de/2022/12/zum-tag-der-menschenrechte-weltweiter-flashmob-am-10-dezember-2022-demo-auf-stuehlen/

youtube.com/watch?v=kG3DGC9WCEI

Berlin: youtube.com/watch?app=desktop&v=1tEMVYOh6pM

Australien: mobile.twitter.com/alimay101234/status/1601893490719612928

twitter.com/Raquelparicio/status/1601858978778071040?s=20&t=_r-Ni7_FmgQ0eWI6I2Qlra

Catalonien: twitter.com/tonistrubell/status/1601631025746305025?s=20&t=lgh1yigRBC9bxVbmwx4swg

Belmarsh: twitter.com/JA_Defence/status/1601655194072141825?s=20&t=f0kvMtl6ltmleULnJegjmw

Aufruf Globaler Protest: twitter.com/evelinschallert/status/1600815464153632770?s=43&t=gq1BregMko-mKuoRrK95bg

Aber: Assange Demo in Heidelberg verboten: youtube.com/watch?v=wZnprnfT7Nc

Gut gemachtes 3 Minuten Video zu Einigem, was WikiLeaks aufgedeckt hat, sowie Aussagen zugehöriger Politiker:

youtube.com/watch?v=n5RnFetwMR4

Rede von Stef Manzini auf der Friedensdemo am 05.11.22 in Berlin: youtube.com/watch?v=wOltZvYx8pw

Roger Waters spricht zu Assange:

twitter.com/peoplesdispatch/status/1602372713774972937?s=43&t=hB5lxXvJ4h7CmWpO3z1U_w

Kunst:

Nochmal zur Erinnerung an die Ausstellung im Oktober in Berlin.

Noisy Leaks: The Art of Exposing Secrets – Julian Assange, Edward Snowden and more!

youtube.com/watch?v=1vVVO9YRqlw

Musik:

Ein neuer Song für Julian Assange. Una canzone: youtube.com/watch?app=desktop&v=rIJqij_IPz4

svensafarow.bandcamp.com/track/for-julian

KINO:

Die Doku ITHAKA ist weiterhin mit neuen Spielterminen aus Deutschland Tour:

blog.freeassange.eu/2022/09/20/dokumentarfilm-ithaka-nun-auch-in-deutschland/

HEUTE! Jetzt ! Übergabe des Sacharow Preises in Strassburg:

twitter.com/FreeAssange_eu/status/1602286930426822656

Livestream: multimedia.europarl.europa.eu/en/webstreaming/award-of-sakharov-prize_20221214-1200-SPECIAL-SAKHAROVPRIZE

Stella Assange vertritt dort heute ihren Mann Julian Assange, der in die Auswahl der letzten drei möglichen Preisträger kam.

Belmarsh Prison hat ihm selbst die Teilnahme verweigert.

Soweit für heute.

Mit solidarischen Grüßen

Thilo und Almut

FreeAssange Berlin

Mahnwache jeden 1. und 3. Donnerstag 18-20 Uhr Pariser Platz vor der US-Botschaft

Dok.: free-whistleblower.jimdofree.com/free-assange-berlin-1/

Web: www.freeassange.eu

Hamburg4Assange Video: youtube.com/watch?v=lck3Od7YtrQ

Berliner Gezwitscher:

twitter.com/Berlin4Assange/status/1602281936478674949

twitter.com/Berlin4Assange/status/1601304013643079680

twitter.com/Berlin4Assange/status/1601192321357582344

Titelbild: Screenshot A Penny For Your Thoughts/YouTube

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=91755>

Eskalation des Kriegs?

Während die USA die Entsendung von Patriots in die Ukraine erwägen, fährt Russland mobile Trägerrakete für nukleare ICBM auf.

uncut-news.ch, Dezember 19, 2022

Vor einigen Tagen veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium ein Video, das die Fähigkeit Russlands zeigt, eine leistungsstarke nukleare Interkontinentalrakete (ICBM) überall im Land schnell zu stationieren – mit einer Reichweite, die jeden Ort in Europa oder den Vereinigten Staaten treffen kann –, während sie nach einem schnellen Transport auf dem Landweg in ein Raketensilo geladen wird.

Im Folgenden finden Sie ein vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichtes Video, das anschliessend in westlichen Presseberichten veröffentlicht und verbreitet wurde:

Der Kreml beschrieb, dass das Militär eine «interkontinentale ballistische Rakete in eine Silostartanlage» in Kozelsk im Westen Russlands geladen habe, kurz nachdem die Regierung Biden erklärt hatte, sie erwäge, die Ukraine mit Patriot-Luftabwehrraketen auszustatten, was eine weitere erhebliche Eskalation der Beteiligung Washingtons am Krieg bedeuten würde.



In der Erklärung des Verteidigungsministeriums wurde die Rakete als «Yars» identifiziert, die über einen nuklearen Sprengkopf verfügt und von den russischen Atomstreitkräften im Oktober abgefeuert wurde.

Dies berichtet Newsweek unter Berufung auf regionale Presseberichte:

Die «Komsomolskaja Prawda» berichtete, dass der Raketenkomplex «Yars», der in der Region Kaluga geladen wurde, über eine Kapazität verfügt, die «zwölfmal grösser ist als die amerikanische Bombe, die Hiroshima zerstörte», womit die am 6. August 1945 auf die japanische Stadt abgeworfene Atomwaffe gemeint ist.

In dem Bericht des Massenblatts wurden auch einige Spezifikationen der Rakete genannt, darunter eine Reichweite von bis zu 12'000 Kilometern, mit der die USA oder ganz Europa getroffen werden können, und eine Nutzlast von bis zu 500 Kilotonnen.

Die Veröffentlichung der Aufnahmen durch den Kreml, die zeitlich so nah an frühere ICBM-Tests heranreicht, scheint eine klare Reaktion auf die Ankündigung des Weissen Hauses zu sein, Patriots nach Kiew zu schicken.

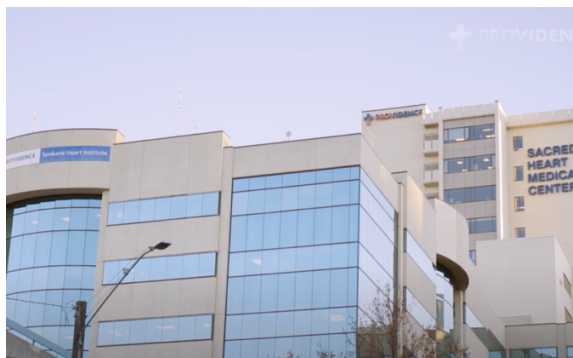
Präsident Putin hat vor ein paar Tagen die traditionelle Nukleardoktrin des Landes bekräftigt und betont, dass er keine Atomwaffen einsetzen will, aber auch gewarnt, dass er dazu bereit ist, wenn russisches Territorium existenziell bedroht ist. Dies geschah, nachdem die Ukraine in den vergangenen Monaten eine Reihe dreister Drohnen-, Raketen- und Sabotageangriffe auf die von Russland kontrollierte Krim und sogar tief in russisches Hoheitsgebiet hinein unternommen hatte. Westliche Medien werteten Putins Worte als eine weitere nukleare Drohung an die Ukraine und ihre militärischen Unterstützer.

QUELLE: RUSSIA SHOWS OFF NUCLEAR ICBM MOBILE LAUNCHER AS US MULLS SENDING UKRAINE PATRIOTS

Quelle: <https://uncutnews.ch/eskalation-des-kriegs-waehrend-die-usa-die-entsendung-von-patriots-in-die-ukraine-erwaegen-faehrt-russland-mobile-traegerrakete-fuer-nukleare-icbm-auf/>

Baby stirbt an einem grossen Blutgerinnsel, nachdem der Arzt die Bitte der Eltern um eine Transfusion ohne Impfung ignoriert hat

uncut-news.ch, Dezember 19, 2022, ProvidenceSpokane/YouTube screenshot



Cornelia Hertzler sagte, die Ärzte hätten bei ihrem kleinen Sohn ein Blutgerinnsel «innerhalb weniger Stunden nach» einer Bluttransfusion aus einer allgemeinen Blutbank entdeckt.

Ein kleiner Junge im US-Bundesstaat Washington starb an einem grossen Blutgerinnsel, nachdem ihm ein Krankenhaus eine Bluttransfusion aus einem allgemeinen Vorrat verabreicht hatte, anstatt ihn, wie von seinen Eltern gewünscht, einem ungeimpften Spender zuzuführen.

Kurz nach der Geburt des kleinen Alexander am 3. Januar 2022 entdeckten seine Eltern Cornelia Hertzler und Ron Bly nicht nur, dass seine Speiseröhre und seine Luftröhre nicht richtig miteinander verbunden waren, sondern auch, dass er an einem Herzfehler litt – Double Outlet Right Ventricle (DORV), bei dem sich sauerstoffhaltiges und sauerstoffarmes Blut vermischen –, der für ein langfristiges Überleben eine Operation erforderte.

Um sich einer Neugeborenen-Herzoperation zu unterziehen, wurde Alexander mit dem Flugzeug in das Providence Sacred Heart Medical Center in Spokane, Washington, geflogen, ein katholisches Krankenhaus (wie LifeSiteNews bestätigt wurde), wo seine Eltern dem Krankenhaus gegenüber klarstellten, dass sie «keine Bluttransfusionen von der Blutbank» wünschten, weil sie «besorgt waren, dass Blut von geimpften Spendern Blutgerinnsel verursachen könnte».

Bly erklärte Louisa Clary von der Vaccine Safety Research Foundation am Donnerstag, dass ihre Vorsicht zumindest teilweise durch den Tod einer Freundin ausgelöst wurde, die über 60 und «sehr gesund» war, aber «drei Tage nach der Moderna-Impfung einen Herzinfarkt erlitt».

Nachdem man den Eltern wiederholt gesagt hatte, dass die Verwendung von ungeimpftem Blut eines bestimmten Spenders sehr schwierig und «sehr teuer» sein würde, räumte das Krankenhaus am Tag vor Alexanders erster Operation schliesslich ein, «dass die Familie lediglich einige Formulare ausfüllen musste, um Blut von bestimmten Spendern zu akzeptieren und zu verwenden», berichtet Brian Wilkins, Chefredakteur des COVID-Blogs.

«Wie sich herausstellte, war der gesamte Prozess relativ einfach und kostengünstig», so Hertzler. Wie Bly jedoch gegenüber Clary betonte, verzögerte das Krankenhaus die Bereitstellung des «Papierkrams, um gerichtetes Spenderblut zu erhalten», immer weiter.

So wurde der Papierkram nicht rechtzeitig bearbeitet, damit die Eltern das ungeimpfte Blut für eine Transfusion zum Zeitpunkt von Alexanders zweiter Operation verwenden konnten. Während bei der Operation selbst kein Blut benötigt wurde, stellte Dr. Eleane Beadle fest, dass Alexander am nächsten Tag aufgrund eines niedrigen Hämoglobinspiegels eine Bluttransfusion benötigte.

«Anstatt noch ein paar Tage zu warten, bis das von uns gespendete Blut vollständig verarbeitet und verfügbar war, verwendete die Ärztin für die Transfusion Blut aus einer allgemeinen Blutbank», so Bly gegenüber Clary.

Wilkins wies darauf hin, dass in Washington am 1. Februar 2022 70% der Bevölkerung vollständig geimpft waren und 79% mindestens eine Injektion erhalten hatten, so dass die Wahrscheinlichkeit, dass Alexander vaxxiertes Blut erhielt, bei fast 80% lag.

Der Arzt «fand das Blutgerinnsel innerhalb weniger Stunden nach der Transfusion», sagte Hertzler am Donnerstag zu Clary.

Hertzler sagte, dass die Ärzte ihnen zwar zuvor gesagt hatten, dass Blutgerinnsel in einem Fall wie Alexander «sehr selten sind», aber nachdem er ein Blutgerinnsel bekommen hatte, sagten sie: «Nun, das kommt vor. Aber ... es ist etwas, das ein Blutverdünner beheben kann.»

«Und die Blutverdünner – sie gaben ihm die höchste Dosis, die sie einem Säugling geben konnten. Und es hat nichts gebracht. [Das Gerinnsel] wuchs einfach weiter», fuhr sie fort.

Hertzler glaubt, dass, wenn das Gerinnsel «normal» gewesen wäre, die Blutverdünner zu seiner Auflösung beigetragen hätten. Sie sagte, dass «angesichts unseres Verständnisses» der Befunde abnormaler Gerinnsel bei den geimpften Verstorbenen «wir wissen, dass es sich nicht um ein normales Blutgerinnsel handelt». Bly erklärte in einer Spendenaktion für Alexander, dass das Gerinnsel «riesig» wurde und «sich schliesslich von seinem linken Knie bis zu seinem Herzen erstreckte».

Eine bakterielle Infektion mit MRSA «besiedelte das Blutgerinnsel, und keine Medikamente oder Antibiotika konnten das Gerinnsel verkleinern oder die Infektion entfernen».

Baby Alex starb 12 Tage nach der Operation, am 17. Februar 2022. Er wurde in Walla Walla, Washington, nach einer russisch-orthodoxen Beerdigung beigesetzt, teilte Wilkins mit.

Bly fügte später auf Alexanders Spendenseite hinzu, dass seine Frau das Sacred Heart Children's Hospital kontaktiert habe und dass das Krankenhaus «behauptet, sie könnten keinen Eintrag über unseren Sohn finden».

Hertzler erzählte Clary, dass sie «das Aufnahmeteam» des Krankenhauses angemailt hatte und ein Formular zum Ausfüllen erhielt, in dem sie gebeten wurde, ihren Ausweis und jeden Namen anzugeben, unter dem Alexander aufgeführt sein könnte.

«Ich schickte meinen Nachnamen, seinen Nachnamen, seinen legalen Namen ... und sie versuchte jeden einzelnen Namen und konnte nichts finden und sagte, ich kann keinen Eintrag über ihn in unserem System finden.»

LifeSiteNews hat sich am Donnerstag mit dem Providence Sacred Heart Medical Center in Verbindung gesetzt und um Informationen gebeten, um «ein paar Fakten» zu einer Geschichte über ein Baby zu bestätigen, das Anfang des Jahres im Krankenhaus geboren wurde.

«Ich habe keine Informationen darüber und dieses Gespräch ist beendet», antwortete ein Krankenhausmitarbeiter.

Hertzler teilte Clary mit, dass Alexander eine «Ehregeburtsurkunde» habe, da sich die Ausstellung der offiziellen Geburtsurkunde in seinem Geburtskrankenhaus lange verzögert habe, was sie auf die Abwesenheit des Personals zurückführte.

Der neuseeländische High Court hat in den vergangenen Wochen die vorläufige Vormundschaft für ein vier Monate altes Baby übernommen, nachdem seine Eltern hartnäckig gefordert hatten, dass bei der Operation zur Behebung des Herzfehlers ihres Sohnes nur Blut verwendet wird, das nicht mit dem COVID-19-«Impfstoff» verunreinigt ist.

Ein Video, das zeigt, wie das Kind den Eltern von der Polizei weggenommen wird, ist inzwischen im Internet zu sehen. Man kann die Mutter weinen und flehen hören, während die Behörden ihr Kind wegnehmen.

Nach der Einführung der COVID-Impfungen sind scharenweise Herzprobleme aufgetreten. Ein wichtiger neuer Autopsiebericht hat ergeben, dass drei Menschen, die kurz nach der COVID-Impfung unerwartet und ohne Vorerkrankungen zu Hause gestorben sind, wahrscheinlich durch den Impfstoff getötet wurden. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Todesfälle möglicherweise auf einen impfstoffbedingten Autoimmunangriff auf das Herz zurückzuführen sind.

QUELLE: BABY DIES OF LARGE BLOOD CLOT AFTER DOCTOR IGNORES PARENTS' REQUEST FOR UNVAXXED TRANSFUSION

Quelle: <https://uncutnews.ch/baby-stirbt-an-einem-grossen-blutgerinnsel-nachdem-der-arzt-die-bitte-der-eltern-um-eine-transfusion-ohne-impfung-ignoriert-hat/>

Weltärztepräsident: «Es war eine Tyrannei, dabei bleibe ich»

Von Erik Rusch 18. Dezember 2022

IM INTERVIEW MIT DER «WELT»



Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery. Foto: Guido Kirchner/dpa

Der Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery fiel in der Corona-Krise mit umstrittenen Aussagen auf. Im Interview mit der ›Welt‹ zeigt er sich überzeugt, dass er damit Schwung in die Impfkampagne gebracht hat.

Der Vorsitzende des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery (70), war in der Coronakrise ein in den Medien omnipräsenter Befürworter von Impfpflicht, Kontaktbeschränkungen und Lockdowns.

Wie blickt der deutsche Radiologe und ehemalige Präsident der Bundesärztekammer nun im ersten weitgehend massnahmenfreien Corona-Winter auf seine umstrittenen Aussagen und die bisherigen Coronamassnahmen zurück? Die ›Welt‹ führte dazu ein Interview mit dem Ärztepräsidenten.

Doch zunächst ein kurzer Rückblick auf seine umstrittensten Aussagen: «Wir alle bereiten uns auf eine Triage vor», erklärte er im November 2021. Nach seinen Aussagen versuchten die Ärzte damals alles, um diese «letzte entsetzliche Entscheidung abzuwenden». «Aber angesichts der steigenden Infektionszahlen müssen sich die Kliniken vorbereiten.»

«So infektiös wie Delta – so gefährlich wie Ebola»

Im Dezember 2021 warnte er dann vor der Entstehung gefährlicher Varianten des Coronavirus: «Meine grosse Sorge ist, dass es zu einer Variante kommen könnte, die so infektiös ist wie Delta und so gefährlich wie Ebola.»

Später relativierte er seine Aussage mit der Begründung, es sei wahnsinnig schwer, Fakten an Menschen heranzutragen, «die gegenüber Wissenschaft und Autoritäten feindlich eingestellt sind».

Zudem erklärt er, dass er überhaupt nicht den Anspruch erhebe, dass seine Aussage etwas mit Wissenschaft zu tun hat.



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (R) unterhält sich 2016 mit Frank Ulrich Montgomery (L). Damals war er Vorsitzender der deutschen Ärztegewerkschaft Marburger Bund.

Foto: Tobias Schwarz/AFP über Getty Images

Gegenüber der ›Rheinischen Post‹ erklärte er dann im Februar: «Mir scheint der Antrag für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 auf zwei Jahre befristet der Vernünftigste zu sein.»

Doch am legendärsten ist Montgomerys Aussage bei Anne Will am 8. November 2021. Hier sprach er von einer ›Tyrannei der Ungeimpften‹, die über das Zweidrittel der Geimpften bestimmen würden «und uns diese ganzen Massnahmen aufzwingen».

Es wurden Fehler gemacht

Wie denkt er heute über seine Aussagen? Wie bewertet er jetzt die Corona-Massnahmen von damals?

Im Interview mit der ›Welt‹ erklärte er jetzt, dass Jens Spahn einmal gesagt habe: «Wir werden uns viel vergeben müssen.» Das sei so. Man könne nicht fehlerfrei durch so eine neue Sache hindurchgehen. Deswegen sei der eine oder andere Fehler gemacht worden.

«Unter dem Strich sind wir in Deutschland aber gut davongekommen.» Dass Ungeimpfte auch mal keine Bratwurst kaufen konnten, habe jenen ja nicht gleich das Leben gekostet.

Aus der damaligen Sicht seien die Entscheidungen richtig gewesen. «Heute würde man sie sicher nicht noch einmal so treffen – aber hinterher ist man immer klüger», so der Ärztepräsident zur ›Welt‹.

«Es war eine Tyrannei, dabei bleibe ich»

Ob es ihm leidtue, dass er damals von einer Tyrannei der Ungeimpften gesprochen hat?

«Nein, es tut mir gar nicht leid.» Er glaube, dass es unheimlich viel bewirkt habe. Es habe einfach klargemacht, dass weniger als ein Drittel der Bevölkerung dem Rest der Bevölkerung dadurch, dass sie sich der Impfung verweigerten, Masken und Kontaktbeschränkungen aufgezwungen habe.

«Hätten wir damals mit einer Impfpflicht erreicht, alle Menschen zu impfen, wären wir sehr viel schneller über den Berg gewesen.»

«Es war eine Tyrannei, dabei bleibe ich. Es war eine Bevormundung der Mehrheit durch eine Minderheit.» Mit der durch ihn ausgelösten Debatte habe man erreicht, «dass eine ganze Menge mehr Schwung in die Impfkampagne» gekommen sei, so Montgomery im «Welt»-Interview.

Durch diese Debatte habe man zudem erreicht, dass die Impfpflicht im medizinischen Bereich eingeführt worden sei. «Das war ein grosser Erfolg.» Da seien Leute geimpft worden, die sich nicht anders hätten überzeugen lassen, ist sich Montgomery sicher. Er stehe nach wie vor zur Impfpflicht. «Wir haben da sehr viele Tote und sehr viele Krankheiten verhindert.»

Lesen Sie auch:

Paul-Ehrlich-Institut nimmt Stellung zur Debatte «plötzlicher und unerwarteter Todesfälle»: AfD sieht Warnsignal, andere Parteien sehen Populismus.

Ihm sei schleierhaft, wie jemand, der in der wissenschaftlichen Medizin arbeitet, ob als Arzt oder Krankenpfleger, sich einer Impfung verweigern könne.

«Das Ziel war eine bewusste Provokation»

Im Januar sprach Montgomery in einem FAZ-Interview von «kleinen Richterlein», die Corona-Massnahmen zurücknehmen. Die Richter hoben damals in Niedersachsen 2G im Einzelhandel auf.

Es könne doch nicht sein, dass bei einer bundesweiten Problematik, Richter in den Bundesländern geltende Gesetze und Verordnungen unter Verweis auf den Föderalismus ändern würden, meinte er damals.

Im Interview mit der «Welt» erklärte er nun dazu: Er habe das inzwischen mit den Richtern selbst diskutiert. Sein Ziel sei eine bewusste Provokation gewesen.

Es könne nicht sein, dass ein Verwaltungsrichter ohne wissenschaftliche Evidenz entscheide, gleich die ganze Regel landesweit aufzuheben, nur weil es eine Ungleichbehandlung zwischen Baumärkten und «Woolworth» gebe.

«Ich glaube, ich habe mit dazu beigetragen, dass Verwaltungsrichter sich danach sehr gut überlegt haben, was sie da in Zukunft machen.»

«Die richtigen Entscheidungen getroffen»

Auf den Einwand des Redakteurs, dass 2G doch nicht Wissenschaft, sondern schlicht Politik gewesen sei, erklärt er im «Welt»-Interview: In der Stellungnahme des Ethikrats auf der letzten Seite sei «eine wunderbare Grafik», die sehr deutlich gezeigt habe, dass 2G eine Zeit lang richtig gewesen sei. «In späteren Wellen nicht mehr, anfangs aber eben schon.»

Ja, man habe auch Fehler gemacht – «aber insgesamt wurden die richtigen Entscheidungen getroffen». Ein Fehler, so gesteht Montgomery ein, sei gewesen: Man habe mit Sicherheit «wahnsinnig viele völlig überflüssige Tests gemacht», weil man sie «völlig symptomfrei» gemacht habe.

Und relativiert dann: «Wir haben durch das viele Testen immerhin auch herausgefunden, dass wir über die Zeit mit der Impfung und auch mit der zunehmenden Immunisierung, die ja nicht nur durch Impfung erfolgt ist, sondern auch durch Infektion, eine Verbesserung der Situation eingetreten ist.»

«Setze nachher beim Einkaufen wieder eine Maske auf»

Afrika sei ohne grossen Fokus auf Corona durch die Pandemie gegangen, wollte der Interviewer dann von dem Ärztepräsidenten wissen? Warum?

Die afrikanische Gesellschaft sei «viel, viel jünger», die Leute würden da «nicht so leicht» an Corona sterben. Zudem gebe es eine völlig andere Statistik. Er glaube, dass dort sehr viel mehr Menschen gestorben seien, als registriert worden sind.

Er denkt, dass man momentan in Deutschland auf der «absolut glücklichen Seite» sei. Aber Vorsorge sei weiterhin nötig, und er werde später beim Einkaufen wieder eine Maske aufsetzen. Man werde zu einer Normalität zurückkommen, in der viele Menschen freiwillig Maske tragen würden.

«Aber ganz ehrlich: Dieses Getue mit der Anormalität ...»

«Mit Maske, da sind wir uns beide ja vielleicht einig, ist man mit Sicherheit besser geschützt als ohne», so Montgomery abschliessend.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/weltaerztepraesident-es-war-eine-tyrannei-dabei-bleibe-ich-a4085465.html>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

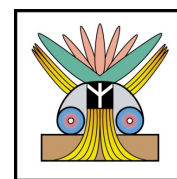
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz